

Geschäftsbericht der Freien Demokraten

2023 – 2025



**Geschäfts-
bericht
der Freien
Demokraten
2023 bis
2025**

**Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Freunde und Verbündete der Freien
Demokraten,**

die FDP hat den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst. Das ist eine bittere Niederlage, deren Ursachen einer gründlichen Analyse bedürfen. Das ist unser Auftrag, dem sich auch die künftige Parteiführung widmen wird. Dennoch war es richtig, Neuwahlen anzustreben. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Ampel-Koalition war unübersehbar – im Land und auch in unserer Partei. Bei der Neuwahl ging es um eine Richtungsentscheidung für Deutschland. Wir wollten eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik erreichen, die mit SPD und Grünen nicht durchzusetzen war. Wir haben einen hohen Preis für unsere Bereitschaft zu einem Politikwechsel bezahlt.

Schon wenige Wochen nach der Bundestagswahl können wir feststellen: Der Politikwechsel, der auch von der Union versprochen wurde, bleibt aus. Stattdessen haben CDU und CSU zusammen mit SPD und Grünen im Bundestag und Bundesrat die Schuldenbremse ausgehebelt. Es werden Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro geschaffen. Wir sind überzeugt davon, dass die Abkehr von soliden Staatsfinanzen die Wirtschaftskrise weiter verschärfen wird. Deshalb haben wir im Bundestag als Stimme der Generationengerechtigkeit gegen die Änderung des Grundgesetzes und damit gegen das exorbitante Schuldenpaket gestimmt. Außerdem haben sich auf Drängen der FDP-Landesministerinnen Daniela Schmitt und Lydia Hüskens die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten.

Es zeichnet sich ab, dass die neue Regierung aus Union und SPD die notwendigen Strukturreformen nicht angehen wird – für eine Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit, für deutliche Entlastungen bei den Steuern und Abgaben und vor allem auch für einen Staat, der sich wieder auf seine Kernaufgaben besinnt und einfach funktioniert.

Deshalb wird die FDP als Stimme der Freiheit mehr denn je gebraucht. Wir werden uns in den kommenden Jahren, nun erst einmal auf Bundesebene, außerhalb des Parlaments, aktiv und engagiert in die politische Debatte einbringen, um nach der nächsten Bundestagswahl den Liberalismus auch wieder im Bundestag vertreten zu dürfen.

Trotz des Wahlergebnisses wird die FDP auch künftig ein relevanter politischer Akteur bleiben. Die Partei ist im Europäischen Parlament, in Landesparlamenten und Landesregierungen sowie auf kommunaler Ebene vertreten, wo sich FDP-Bürgermeister aber auch Stadtverordnete und Gemeindevertreter für unser Land und die Stärkung des Liberalismus einsetzen. Die FDP zählt rund 70.000 Mitglieder und ist organisatorisch und finanziell kerngesund. Mit einer neuen Parteiführung werden wir mit voller Entschlossenheit daran arbeiten, auch bald wieder im Bundestag für unsere Inhalte kämpfen zu dürfen.

Bei der Parteilarbeit werden wir an einige Erfolge der vergangenen zwei Jahre anknüpfen können: So haben wir einen Wirtschaftskongress durchgeführt, um zu unterstreichen, dass wir als Stimme wirtschaftlicher Freiheit und Vernunft ein Alleinstellungsmerkmal in der Parteienlandschaft haben. Mit dem Programmkonvent und der Erweiterung des Parteiakademie-Angebots haben wir sowohl unsere Programmatik als auch die Interaktion mit unseren Mitgliedern fortentwickelt. Durch „Neu@FDP“ haben wir eine Plattform geschaffen, um interessierte Neumitglieder direkt und umfassend in das Parteileben einzubinden.

Wir werden außerhalb des Bundestags dafür kämpfen, dass der Geist der Freiheit und der Wille zu einem echten Politikwechsel zeitnah ins Parlament zurückkehren werden. Ich bitte dabei um Ihre Unterstützung und danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Engagement.



Maria Wandel
Maria Wandel
Bundesgeschäftsführerin

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Bundespartei | 6 |
| Präsidium und Bundesvorstand | 10 |
| Wahlprüfungsausschuss | 11 |
| Haushalts- und Finanzkommission | 12 |
| Bundessatzungsausschuss | 12 |
| Bundesschiedsgericht | 13 |
| Sitzungs der HGFs | 13 |
| Liberaler Parteiservice | 14 |
| ALDE Partei | 14 |
| Liberal International | 16 |
| | |
| Bundesfachausschuss | |
| Arbeit und Soziales | 20 |
| Bau und Wohnen | 21 |
| Bildung, Forschung und Technologie | 23 |
| Digitale Agenda, Internet und Medien | 24 |
| Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 25 |
| Finanzen, Steuern und Haushalt | 26 |
| Gesundheit | 28 |
| Internationale Politik | 30 |
| Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz | 31 |
| Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften | 33 |
| Klima und Energie | 34 |
| Kultur | 36 |
| Landwirtschaft und Ernährung | 38 |
| Sport | 39 |
| Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 40 |
| Verkehr | 41 |
| Wirtschaft und Mittelstand | 42 |
| | |
| Kommission Freiheit und Ethik | 44 |
| AG Moderne und vielfältige Partei | 45 |
| Programmkommission zur Europawahl | 46 |
| Programmkommission zur Bundestagswahl | 47 |
| | |
| Bundesverband Junge Liberale | 48 |
| Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand | 49 |
| Bundesvereinigung Liberale Frauen | 50 |
| Bundesverband Liberale Senioren | 51 |
| Bundesverband Liberale Hochschulgruppen | 52 |
| Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker | 53 |
| Bundesvereinigung Liberaler Schwulen, Lesben, Bi, Trans & Queer | 54 |
| Bundesvereinigung Liberale Vielfalt | 55 |
| | |
| Mitgliederentwicklung | 56 |
| Wahlergebnisse | 57 |
| Organisationsplan Bundesgeschäftsstelle | 58 |



**Keine Macht
der Welt kann
Menschenwürde
und Freiheit auf
Dauer stoppen.**

HANS-DIETRICH
GENSCHER

Bundespartei

Das Jahr 2024 eröffneten die Freien Demokraten traditionell mit dem Dreikönigstreffen. Am Vorabend der Kundgebung fand der Presseabend in Stuttgart statt, bei dem das FDP-Präsidium in den direkten Austausch mit Vertretern der lokalen und nationalen Medien trat. Auch im Vorfeld des **Europarteitages am 28. Januar 2024** wurde ein großer Presseabend im Hans-Dietrich-Genscher-Haus veranstaltet, bei dem neben anderen Mitgliedern des Bundesvorstands auch Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann den Kontakt zu den Journalisten suchte, um ihrer anstehenden Kandidatur für das Europaparlament Rückenwind zu geben. Auf dem eintägigen Parteitag in der STATION Berlin wurde sie anschließend offiziell zur Spitzenkandidatin der Freien Demokraten bei der Europawahl 2024 bestimmt. Die Delegierten bestimmten zudem knapp 200 weitere Kandidaten für die Bundesliste zur Europawahl 2024 und verabschiedeten das FDP-Europawahlprogramm mit dem Titel „Streitbar in Europa“. Darin positionierte sich unsere Partei als disruptive Kraft, welche die Europäische Union stärken will, indem sie auf Bürokratieabbau und eine Rückkehr zu wirtschaftsfreundlicher Politik in Europa setzt und gleichzeitig entschieden für die Verteidigung unserer Werte nach innen und außen eintritt.



Über die kommenden Monate organisierte die Bundesgeschäftsstelle den Wahlkampf zur **Europawahl 2024**. Die dazugehörige Kampagne wurde in Zusammenarbeit mit der Agentur Heimat entwickelt. In den Monaten vor der Wahl absolvierten der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner, die Spitzenkandidatin zur Europawahl Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann sowie viele weitere Mitglieder des FDP-Bundesvorstands zahlreiche Wahlkampfauftritte in ganz Deutschland. Auf Marktplätzen in vielen Städten warben sie für unsere Idee einer geeinten, unbürokratischen und fortschrittlichen Europäischen Union, welche die Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger schützt und für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sorgt. Die Kandidaten vor Ort unterstützte die Partei mit Werbemitteln und Informationen bei ihren Veranstaltungen und Wahlkampfkampagnen nach Kräften.



Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland fokussierte sich die kommunikative Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und des Präsidiiums zunehmend darauf, entschiedene Maßnahmen zur Bewältigung der strukturellen Wirtschaftsschwäche Deutschlands zu präsentieren und einzufordern. Daher luden die Freien Demokraten am 16. April 2024 zu ihrem **Wirtschaftskongress** ein. Bei dieser Veranstaltung im ausgebuchten Hans-Dietrich-Genscher-Haus tauschten sich Christian Lindner, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr und weitere Mitglieder des FDP-Bundesvorstands mit zahlreichen hochrangigen Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft aus. Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Verbände und Unternehmen bestärkten dabei die Freien Demokraten in ihrem Einsatz für einen modernen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort, ohne lähmende Bürokratie und erdrückende Abgabenlast.



Am 27. und 28. April 2024 richtete die Bundesgeschäftsstelle den **75. Ordentlichen Bundesparteitag** der Freien Demokraten aus, der wie bereits der Europaparteitag in der STATION Berlin stattfand. Sowohl auf dem Presseabend im Vorfeld des Bundesparteitages wie auch während der Veranstaltung fand ein intensiver Austausch der Mitglieder des Präsidiiums und Bundesvorstands mit Medienvertretern statt. Neben offiziellen Kamerastatements und Interviews wurden auch informelle Hintergrundgespräche

organisiert. Die Kernbotschaft des Bundesparteitages lautete: Deutschland braucht die Wirtschaftswende. Denn die Freien Demokraten wollen sich mit der wirtschaftlichen Stagnation, dem Wohlstandsverlust und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht abfinden. In ihren Redebeiträgen machten unter anderem Christian Lindner und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann deshalb klar, dass Wachstum sowohl für die Bundes- wie auch Europapolitik Priorität haben muss. Denn nur ein Deutschland mit starker Wirtschaft, so die Kernaussage des Bundesparteitages, kann Aufstiegschancen, Sicherheit und ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglichen.



Anlässlich der Europawahl veranstalteten die Freien Demokraten am 9. Juni 2024 einen **Wahlabend** im Hans-Dietrich-Genscher-Haus. Hier konnten sich Bundesvorstandsmitglieder, Abgeordnete und Gäste mit den geladenen Journalisten austauschen. Die FDP konnte bei dieser Wahl ein stabiles Ergebnis von 5,2 Prozent einfahren. Über die folgenden Monate begleitete die Bundespartei die Wahlkämpfe der Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. So trat etwa Christian Lindner bei verschiedenen Wahlkampfterminen und Town-Hall-Veranstaltungen auf. Auch in den sozialen Medien generierten die Kanäle der Bundesgeschäftsstelle Aufmerksamkeit für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Landesverbänden. Für den Wahltermin in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024 sowie in Brandenburg am 22. September 2024 wurden zudem **Statements** im Hans-Dietrich-Genscher-Haus organisiert.

Am 7. Oktober 2024 verabschiedeten sich Familienmitglieder, politische Weggefährten, Abgeordnete und Bundesvorstandsmitglieder von Staatsminister a.D. Dr. Wolfgang Gerhardt. An der Trauerfeier für den ehemaligen Bundesvorsitzende, Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nahmen auch zahlreiche Journalisten teil. Aufgrund des großen Interesses wurde die Trauerfeier live im Fernsehen übertragen.

Mit dem Ende der Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 6. November 2024 veränderte sich auch die Arbeitsweise der Bundesgeschäftsstelle. Ressourcen mussten neu gebündelt und Abläufe angepasst werden, um den neuen Bedingungen gerecht zu werden.

Zudem richtete die Bundespartei weiterhin Konferenzen und Presseevents aus. So veranstalteten die Freien Demokraten am 16. November 2024 erneut das **Female Future Forum**. Bei der Fortsetzung dieses Formats trafen abermals zahlreiche weibliche Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen, um über die entscheidenden Fragen unserer Zeit zu diskutieren. Thema in diesem Jahr waren unter anderem die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, die wirtschaftliche Schieflage sowie die außenpolitischen Umbrüche. Neben dem inhaltlichen Austausch bieten diese und ähnliche Veranstaltungen auch die Möglichkeit, die Vielfältigkeit und Zukunftsorientiertheit der Partei zu präsentieren. Im Fokus stand dabei wie auch beim anschließenden Programmkonvent zur Bundestagswahl 2025 der Charakter der FDP als „Mitmach-Partei“, in die sich die Mitglieder inhaltlich und gestalterisch einbringen können.



Um diesen Einsatz anzuregen, ist die interne **Kommunikation mit den Mitgliedern** entscheidend. Die Bundespartei nutzt daher mehrere Kanäle und Formate, um mit den fast 70.000 Freien Demokraten im Austausch zu bleiben. So wollen wir alle Parteimitglieder über unsere aktuellen Positionen und neue politische Entwicklungen informieren, das „Wir-Gefühl“ stärken und den Mitgliedern Serviceangebote machen. Im Bundestagswahlkampf wurden dazu zwei digitale Neumitgliedertreffen und zwei digitale Wahlkampfschalten mit jeweils über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Dabei wurden Anregungen und Fragen aus der Mitgliedschaft rund um den Wahlkampf, Beteiligungsmöglichkeiten und Parteiorganisation aufgegriffen und diskutiert. Mit diesen Angeboten tragen wir der Forderung unserer Mitglieder nach schnellen, direkten und ausführlichen Informationen und teilbarem Wissen Rechnung.

Zudem geben wir viermal im Kalenderjahr die Mitgliederzeitschrift **fdplus** heraus. Der Empfängerkreis umfasst alle Mitglieder, das liberale Netzwerk der Bundespartei sowie externe Abonnenten. Im Magazin enthalten sind Berichte über die wichtigsten Ereignisse wie Bundesparteitage, Mitgliederevents, unsere Wahlkämpfe auf Europa-, Bundes- und Landesebene sowie Artikel über aktuelle politische Themen der Liberalen in Bund, Land und Europa. Auch Gastbeiträge von Bundesvorstands- und Bundespräsidiumsmitgliedern und anderen Mitgliedern des liberalen Netzwerkes sowie Ankündigungen und Nachrufe finden hier Platz. Die Ausgaben stehen ab Erscheinungstag als PDF auf der Homepage zum Download zur Verfügung. Mit diesem Service möchten wir auch neue Mitglieder und Interessenten gewinnen.

Laufend aktualisieren wir unsere Homepage, versenden Mitgliedermailings und bespielen unsere FDP-Mitglieder-App. Ziel ist es dabei, unsere Mitglieder zu informieren und zu mobilisieren, damit sie unsere Botschaften in ihren Bekanntenkreis hinaustragen und so zu einem erfolgreichen Auftreten der FDP beitragen. Als Mitgliedermailing werden wöchentlich am Mittwochabend die **Wochenbotschaften** versandt. Bei ihnen handelt es sich um drei Botschaften, die in der jeweiligen Woche besonders wichtig sind. Sie sind gebündelt und prägnant gehalten, um die Mitglieder über die zentralen Themen zu informieren. Links führen jeweils zu Hintergrundmaterial auf die Homepage.

Unsere Mitglieder finden in der **Mitglieder-App** die tages- und wochenaktuellen Informationen in kurzer, aufbereiteter Form im Newsfeed vor. Dazu gibt es passende weiterführende und vertiefende Links, die zu Homepages oder den wichtigsten FDP-Profilen in den sozialen Netzwerken führen. Die **Tagesbotschaften** sind ein weiterer Baustein der Mitgliederkommunikation, sie befinden sich gleich auf der Startseite unter „Aktuell wichtig“. Wann immer es ein herausragendes politisches Ereignis gibt und dazu eine Positionierung oder Argumentation der FDP notwendig ist, finden die Mitglieder tagesaktuell eine prägnante Botschaft in wenigen Sätzen in der App. Die Tagesbotschaften und der Argumente-Bereich in der App helfen dabei, am Wahlkampfstand oder im Gespräch mit Nachbarn und Freunden sprechfähig zu allen Themen zu sein. Ein weiteres digitales Angebot in unserer Mitglieder-App ist die **Parteiakademie**. In dieser stellen wir zahlreiche Schulungsvideos rund um die Parteiarbeit für Jung und Alt, neue und altgediente Parteimitglieder zur Verfügung. Neben zahlreichen Tipps und Tricks für unsere Mitglieder bietet die Akademie auch die Gelegenheit, Ihr Wissen rund um die Themen Datenschutz, Wahlkampf und Parteiarbeit zu testen. So ist jede und jeder jederzeit und überall mit Wissen und Fähigkeiten für das politi-

sche Handwerk versorgt. Im November 2023 wurde unsere mitgliederinterne **Beteiligungsplattform** auf das System „**Confluence**“ umgestellt und in der App integriert. Damit können unsere Mitglieder noch einfacher Informationen ihrer Gliederungen, Fachausschüsse und Gremien einsehen und bereitstellen, parallel an Dokumenten arbeiten, Anträge erarbeiten, Projekte planen und deren Fortschritt dokumentieren und vieles mehr. Die dazu angebotenen Schulungen im Rahmen unseres Schulungsformates **Wir@FDP** erfreuten sich großer Beliebtheit.

Der bis 2024 zweiwöchentlich, seit 2025 wöchentlich verschickte **Freibrief** fungiert als E-Mail-Newsletter der Bundespartei. In diesem informieren wir über unsere Positionen zu aktuellen Debatten, unsere politischen Ziele und Initiativen sowie Erfolge und Projekte der Landesverbände. Auch Stellenangebote und Terminhinweise finden im Freibrief Platz. Alle im Newsletter besprochenen Themen sind zudem mit Links versehen, über die ausführlichere und weitergehende Informationen eingeholt werden können.

Die beschriebenen Mittel der Mitgliederkommunikation erhielten durch die vorgezogenen Neuwahlen besondere Relevanz. So musste der Planungsprozess für die Bundestagswahl 2025 beschleunigt und Veranstaltungen kurzfristig organisiert werden.

Das traditionelle Dreikönigstreffen stand daher ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. 2025 sollte das Jahr werden, in dem sich Leistung wieder lohnt, die Wirtschaftswende gelingt und Fortschritt für alle spürbar wird. Unter dem Kampagnenslogan „Alles lässt sich ändern“ betonten Christian Lindner, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Judith Skudelny und Dr. Marco Buschmann, was unser Land dringend braucht: Einen grundlegenden Politikwechsel – für Wachstum, Wohlstand und Optimismus.



Am 9. Februar 2025 richteten die Freien Demokraten in der Metropolis-Halle in Potsdam einen **außerordentlichen Bundesparteitag** aus. Am Vorabend des Parteitages fand im Hans-Dietrich-Genscher-Haus ein weiterer Presseabend statt. Im Zuge des Partei-

tags formulierten die Parteispitze und die Delegierten erneut klar ihre Forderung für einen politischen Richtungswechsel und eine Wirtschaftswende in Deutschland. Diese Ziele wurden auch im auf dem Parteitag beschlossenen Wahlaufufruf, sowie in dem bereits im Vorfeld vom Bundesvorstand gefassten Wahlprogramm mit dem Titel „Alles lässt sich ändern“ formuliert.



Die Monate Januar und Februar des Jahres 2025 waren von einem kurzen aber äußerst intensiven Winterwahlkampf geprägt, in dem die Bundesgeschäftsstelle zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen und Presse Termine organisierte. So nahm alleine der Bundesvorsitzende und Spitzenkandidat Christian Lindner 80 Wahlkampftermine wahr, gab 116 Zeitungsinterviews und 117 Statements für Fernsehen, Radio und Podcasts ab. Dennoch stand die Partei am **Wahlabend**

zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 vor einem enttäuschenden Ergebnis von 4,3 Prozent. Auch die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 2. März 2025, welche die Bundespartei unterstützend begleitet hatte, endete mit einer Wahlniederlage.



Ein trauriger Anlass bot sich auch am 20. März 2025, als die Bundesgeschäftsstelle eine Gedenkfeier für den verstorbenen Gerhart Baum im Hans-Dietrich-Genscher-Haus veranstaltete. Zu dieser Feier fand sich ein großer Kreis aus Parteifreunden, Unterstützern und Medienvertretern ein. Die Trauerfeier wurde live im Fernsehen übertragen.

Nach den schweren Wahlniederlagen befindet sich die FDP-Bundesgeschäftsstelle nun in einer Phase der Neuorientierung. Strukturen und Kommunikationskanäle werden evaluiert und angepasst. Das Ziel ist jedoch klar: Die FDP muss als einzige liberale Partei und unverzichtbare Stimme der Freiheit spätestens 2029 in den Bundestag zurückkehren. •

Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 55 Sitzungen (bis 15. Mai 2025), sowie zu einer Strategiesitzung zusammen. Der Bundesvorstand trat zu 37 Sitzungen (bis 15. Mai 2025) zusammen. Die Gremiensitzungen wurden in hybrider, teils digitaler Form durchgeführt.

Dem Bundesvorstand gehörten von April 2023 bis Mai 2025 an:

Präsidium

| | |
|--|---|
| Christian Lindner | Bundvorsitzender |
| Wolfgang Kubicki | stellv. Bundvorsitzender |
| Bettina Stark-Watzinger | stellv. Bundvorsitzende |
| Johannes Vogel | stellv. Bundvorsitzender |
| Michael Link | Bundesschatzmeister |
| Michael Theurer | Beisitzer (bis 09/2024) |
| Dr. Lydia Hüskens | Beisitzerin |
| Daniela Schmitt | Beisitzerin |
| Bijan Djir-Sarai | Generalsekretär (bis 11/2024) |
| Dr. Marco Buschmann | designierter Generalsekretär (ab 12/2024) |
| Moritz Körner | Vertreter der Europafraktion (bis 06/2024) |
| Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann | Vertreterin der Europafraktion (ab 06/2024) |
| Christian Dürr | Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion (bis 03/2025) |
| Dr. Hermann Otto Solms | Ehrevorsitzender |

Ständige Gäste im Präsidium

| | |
|--|---|
| Dr. Volker Wissing | Bundesminister für Digitales und Verkehr (bis 11/2024) |
| Dr. Marco Buschmann | Bundesminister der Justiz (bis 11/2024) |
| Dr. Hans-Ulrich Rülke | Sprecher der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz |
| Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué | Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit |
| Michael Zimmermann | Bundesgeschäftsführer (bis 12/2023) |
| Iris Fröba | stv. Bundesgeschäftsführerin (ab 01/2024 bis 02/2024) |
| Carsten Reymann | Bundesgeschäftsführer (ab 03/2024 bis 11/2024) |
| Maria Wandel | Bundesgeschäftsführerin (ab 12/2024) |
| Steffen Saebisch | Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (bis 11/2024) ständiger Gast (ab 12/2024 bis 02/2025) |
| Stefan Naas | Spitzenkandidat der FDP Hessen (bis 10/2023) |
| Martin Hagen | Spitzenkandidat der FDP Bayern (bis 10/2023) |
| Thore Schäck | Spitzenkandidat der FDP Bremen (bis 05/2023) |
| Zyon Braun | Spitzenkandidat der FDP Brandenburg (ab 11/2023 bis 09/2024) |
| Robert Malorny | Spitzenkandidat der FDP Sachsen (ab 02/2024 bis 09/2024) |
| Katarina Blume | Spitzenkandidatin der FDP Hamburg (ab 09/2024 bis 03/2025) |
| Christian Dürr | ab 03/2025 |

Mitglieder im Bundesvorstand

Renata Alt
Franziska Brandmann
Zyon Braun
Sebastian Czaja
René Domke
Dr. Marcus Faber
Otto Fricke
Martin Hagen
Torsten Herbst
Katja Hessel
Henning Höne
Dr. Maren Jasper-Winter

Gyde Jensen
Daniela Kluckert
Wiebke Knell
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Michael Kruse
Konstantin Kuhle
Dr. Oliver Luksic
René Rock
Thore Schäck
Ria Schröder

Dr. Anja Schulz
Judith Skudelny
Dr. Marie-Agnes Strack-
Zimmermann (bis 06/2024)
Linda Teuteberg
Stephan Thomae
Florian Toncar
Dr. Gerald Ullrich
Christopher Vogt
Sandra Weeser
Nicole Westig

Kooptierte Mitglieder im Bundesvorstand

Kai Abruszat
Nemir Ali (bis 07/2024)
Manfred Eisenbach
Jan-Lukas Gescher (ab 01/2024)
Svenja Hahn
Anke Hillmann-Richter (ab 09/2024)

Jacqueline Krüger (bis 06/2024)
Benjamin Kurtz (bis 01/2024)
Detlef Parr
Maximilian Reiter (ab 09/2024)

Ständige Gäste im Bundesvorstand

Dr. Christopher Gohl
Angelika Hießerich-Peter (ab 04/2025)
Prof. Dr. Frank Hoffmeister (bis 09/2023)
Sonja Jacobsen (bis 04/2025)
Michael Kauch
Christian Krökel (ab 09/2023)

Oliver Kumbartzky (bis 11/2024)
Dr. Anita Maaß (bis 04/2025)
Christoph Meyer
Annett Witte

Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz: Carsten Biesok

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 75. und 76. Ordentlichen Bundesparteitag und den außerordentlichen Bundesparteitagen im Januar 2024 in Berlin und im Februar 2025 in Potsdam vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Im Berichtszeitraum saß **Carsten Biesok** dem Wahlprüfungsausschuss vor, Mitglieder waren **Leif Blum, Otto Fricke, Sebastian Haag, Katja Hessel, Dr. Gero Hocker** und Stellvertreter waren **Roland Eibold, Gabriele Heise, Dr. Hans-Günther Oberlack, Friedrich Ohnesorge** und **Michael Reichelt**.

Auf dem 76. Ordentlichen Bundesparteitag am 16./17. Mai 2025 wird der Wahlprüfungsausschuss neu gewählt.

Haushalts- und Finanzkommission 2023 bis 2025

Vorsitz: Michael Georg Link

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist kraft seines Amtes zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters, Michael Georg Link, am

11.12.2023 sowie am 12.12.2024. in Berlin bzw. digital. Gegenstand der Beratungen waren die aktuelle und mittelfristige Finanzplanung.

Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission waren Christine Aschenberg-Dugnus, Christoph Dammermann, Bijan Djir-Sarai, Otto Fricke, Christian Grascha, Daniela Schmidt, Judith Skudely, Dr. Klaus von Lindeiner, Bettina Stark-Watzinger und Annett Witte. •

Bundessatzungsausschuss

Vorsitz: Michael Reichelt

Stellvertretender Vorsitzender: Patrick Arora

Der Bundessatzungsausschuss hat die Aufgabe, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Landesvorstände, die Landesschiedsgerichte und die Landessatzungsausschüsse bei Rechtsfragen zu beraten, insbesondere wie Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder ob Landessatzungsregelungen mit der Bundessatzung vereinbar sind.

Auf dem 74. Ordentlichen Bundesparteitag am 21.-23. April 2023, wurden Michael Reichelt als Vorsitzender des Bundessatzungsausschusses und Patrick Arora als Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt. Als Mitglieder gehören dem Bundessatzungsausschuss Andreas Knapp, Ulrich Lechte, Dr. Sebastian Kluckert, Sandro Schilder, Claas Bansemer, Leif Schrader, Hans-Otto Kneip, Jörg Bode, Christoph Dammermann, Olaf Schaumlöffel, Carsten Biesok, Thomas Gürke, Ingrid Brand-Hückstädt, und Detlef Zschiegner an. Stellvertreter/innen sind Gabriele Heise, Sabrina Böcking, Dr. André Byrle, Dr. Marcel Schröder, Cathleen Haack, Leif Blum, Fabian Rüscher, Anke Blume, Katharina Willkomm, Christoph Anheuser, Marco Slotta, Christina Musculus-Stahnke und Claus-Peter Roßberg. Die aktuelle Amtsperiode dauert von 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2027.

Schwerpunkte der Ausschusstätigkeit im zurückliegenden zweijährigen Berichtszeitraum waren die weitere Modernisierung der Bundessatzung und die weitere Digitalisierung der Parteiarbeit.

Die bereits in der vorherigen Amtsperiode eingeleitete Satzungsmodernisierung wurde mit einer Überarbeitung der Schiedsgerichtsordnung fortgesetzt; nun ist die Kommunikation zwischen Schiedsgericht und

Verfahrensbeteiligten in Textform „offiziell“ zugelassen und es gibt mehr Möglichkeiten der Entscheidung durch den Einzelrichter und ohne mündliche Verhandlung. Ausführliche Erörterungen begleiteten auch die Änderung des Satzungszwecks der Partei, wobei unter anderem das Wort „Rasse“ durch eine zeitgemäße Formulierung ersetzt wurde.

Was die Digitalisierung der Parteiarbeit anbelangt, verfolgte der Bundessatzungsausschuss intensiv die Änderung des Parteiengesetzes im Jahr 2024, das nun dauerhaft digitale Parteitage bzw. Mitgliederversammlungen sowie elektronische Wahlen und Abstimmungen erlaubt. Parallel dazu befasste sich das Gremium wiederholt mit der schwierigen Frage, wie bei der Aufstellung von Wahlbewerbern für öffentliche Wahlen, die – nach allgemeiner Auffassung zulässige – „elektronische Vorwahl“ konkret auszugestalten sei; die Ergebnisse der Beratungen flossen in den Leitfaden der Bundesgeschäftsstelle zur Bewerberaufstellung ein.

Umfassenden Raum in den Beratungen des Bundessatzungsausschusses nahm ferner die Neufassung von § 28 Bundessatzung ein, der die Verbindlichkeit einzelner Regelungen zur Bundessatzung für die Satzungen der Landesverbände und der nachgeordneten Gliederungen regelt. Eine übersichtlichere und rechtsklarere Regelung dieses wichtigen Gegenstandes wird auf Betreiben des Bundessatzungsausschusses auf dem 76. Ordentlichen Bundesparteitag im Mai 2025 zur Abstimmung gestellt.

Weitere Themen der Beratung im Bundessatzungsausschuss waren unter anderem das handschriftliche Ausfüllen von Stimmzetteln, die Kooptation von Vorstandsmitgliedern, die Zulassung verbindlicher Mandatsträgerbeiträge sowie die Abwahl von Vorständen ohne ausdrückliche Satzungsgrundlage. •

Bundesschiedsgericht

Präsident: Dr. Manuel Schütt
Stellvertreterin: Daniela Masberg-Eikelau

Das Bundesschiedsgericht ist u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern. Seine Tätigkeit beruht auf § 14 Abs. 1 Parteiengesetz, nach dem zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Satzung Schiedsgerichte zu bilden sind.

Im Berichtszeitraum amtierte Dr. Manuel Schütt als Präsident des Bundesschiedsgerichts und Daniela Masberg-Eikelau als Stellvertreterin. Daneben gehörten dem Gericht Karin Hannappel, Carla Gosch und Joachim Moritz als weitere Beisitzer sowie Claus Jäger, Dr. Ulrich Brink, Bernhard Nüsch, Dr. Hans-Joachim Radisch, Dr. Rudolph Brosig und Michael Reichelt als stellvertretende Beisitzer an. Da die vierjährige Amtszeit des Bundesschiedsgerichts am 31. Dezember 2025 endet, steht auf dem 76. Ord. Bundesparteitag am 16./17. Mai 2025 die Neuwahl des Gerichts an.

Beim Bundesschiedsgericht gingen insgesamt 24 Beschwerden und Anträge ein. 16 kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, drei aus Niedersachsen, je eine aus Baden-Württemberg, Rhein-

land-Pfalz und von der Auslandsgruppe Europa. Zwei Verfahren betrafen unmittelbar die Bundespartei. 15 Verfahren konnten bereits abgeschlossen werden (davon 14 durch Beschluss; eines erledigte sich durch Beschwerderücknahme). Neun Verfahren sind noch anhängig (Stand: 25. April 2025), sollen aber in mündlicher Verhandlung am 15. Mai 2025 entschieden werden, so dass zum 76. Ord. Bundesparteitag sämtliche im Berichtszeitraum anhängigen Verfahren zum Abschluss gebracht sein werden.

Die Verfahren betreffen zu einem großen Teil die Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen von Parteitagen und Aufstellungsversammlungen. Ein weiterer Schwerpunkt sind Beschwerden gegen Ordnungsmaßnahmen. Weitere Themen sind u. a. die datenschutzrechtliche Zulässigkeit offener Teilnahmelisten, die Wiedereinsetzung in ein Vorstandsamt und die Auflösung eines Ortsverbandes. In mehreren Verfahren hatte das Bundesschiedsgericht über Beschwerden gegen durch Landesschiedsgerichte abgelehnte Befangenheitsanträge zu entscheiden.

Die Arbeit des Bundesschiedsgerichts wurde leider dadurch erschwert, dass der Initiator der Vielzahl der Verfahren nicht bereit war, sich an formale Vorgaben zu halten, was u.a. die Zuordnung einzelner Anträge zu anhängigen Verfahren erschwerte. Dies führte zu einem erheblichen Mehraufwand, so dass die Belastung von Gericht und Geschäftsstelle weit über das eigentlich erforderliche Maß hinausging. •

Sitzung der Hauptgeschäftsführer und Hauptgeschäftsführerinnen

Vorsitz: Maria Wandel

Die Runde der Hauptgeschäftsführer der Freien Demokraten trifft sich regelmäßig zu vier bis fünf Sitzungen pro Jahr. Sie setzt sich aus den Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführern der 16 Landesverbände, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen sowie weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Den Vorsitz hat die Bundesgeschäftsführerin Maria Wandel. Aufgabe der Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände und Institutionen abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Die Agenda der Sitzungen umfasste dabei stets einen Lagebericht der aktuellen politischen Situation auf landes- und bundespolitischer Ebene. Darüber

hinaus wurden zu Beginn der Sitzung in der Regel der Bearbeitungsstand laufender Projekte und Ergebnisse aus den vorangegangenen Zusammenkünften der Hauptgeschäftsführer besprochen. Regelmäßig

In den Sitzungen wurde stets auch auf aktuelle und anstehende Digitalprojekte, wie die Weiterentwicklungen der Mitglieder-App und dem Digitalen CheckIn für Landesparteitage, eingegangen. Der informelle Austausch über aktuelle politische und organisatorische Fragen war ebenfalls ein fester Bestandteil der Sitzungen.

Im besonderen Fokus standen 2023 und 2024 die Vorbereitungen der Landtagswahlen sowie der Europa- und Bundestagswahl. Neben den regulären Sitzungen wurden im Bundestagswahlkampf zusätzlich wöchentliche Schalten zwischen Bundesgeschäftsstelle und den Landesgeschäftsstellen durchgeführt,

um eine enge Abstimmung zu gewährleisten.

Des Weiteren beschäftigte sich die Runde regelmäßig mit rechtlichen Fragen zu Satzung und Parteienrecht und zu Beschlüssen der Landesschiedsgerichte so-

wie der Vorbereitung von Schatzmeistertagungen. Die Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer stimmten sich zudem ab, inwieweit sich die Landesverbände gegenseitig bei den jeweiligen Wahlkämpfen unterstützen können.

Liberaler Parteiservice

Vorsitzende des LiPS-Beirates: Maria Wandel
Geschäftsführender Koordinator: Robert Unkelhäusser

Der Liberale Parteiservice ist eine Arbeitseinheit der Bundespartei und aller Landesverbände, um die Dienstleistungsfähigkeit der Gesamtpartei durch größere Kooperation zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden zu stärken. Hierzu bedienen sich die Bundespartei und ihre Landesverbände Dienstleistern zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Bei der Gründung des Liberalen Parteiservice (LiPS) im Jahr 1999 stand die Einführung der EDV-Neuausstattung bzw. der Verbund der Landesverbände im Vordergrund.

Neben dem gemeinsamen EDV-Verwaltungsnetz von Bundespartei und Landesverbänden sind weitere Schwerpunkte des LiPS, der je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden finanziert wird, die Rechenschaftslegung der nachgeordneten Gliederungen der Partei sowie die Digitalisierung der Partei, hier Implementierung und Erweiterung des Mitglieder- und Funktionsträgerportals für die innerparteiliche Kommunikation und Willensbildung. Hierzu gehört auch die laufende Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Cyber- und Hackerangriffe, die von Jahr zu Jahr stark zunehmen.

Weiterhin steht der Liberale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen als auch für Schiedsgerichts- und Satzungsfragen, Wahlaufstellungsversammlungen sowie verstärkt seit Mai 2018 für Fragen zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und zum Medienrecht den nachgeordneten Gliederungen beratend (kostenfrei) zur Verfügung.

Das Angebotsspektrum des LiPS wird stetig nach den Vorgaben der Landesverbände, diese vertreten durch ihre Hauptgeschäftsführer, mit Blick auf die politische Entwicklung im Sinne der Bedürfnisse der Gesamtpartei angepasst. Die technischen Werkzeuge der täglichen politischen Arbeit werden systematisch weiterentwickelt.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten seit 2023 bildet die Digitalisierung auf allen Ebenen der Partei, Bundes- / Landespartei / nachgeordneten Gliederungen - hier insbesondere im Bereich der Wahlkampftools, Werbemittelshop, Parteitage (Open Slides / Check-In-Tool), innerparteiliche Willensbildung (Confluence), Erweiterungen und Ergänzungen der Mitglieder-App, Upgrade Funktionsträgerportal etc. und Medienrecht. •

ALDE Partei

Im Berichtszeitraum 2023 bis 2024 waren die Freien Demokraten mit 13 Mandaten im Rat und mit 56 Mandaten im Kongress der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) vertreten. Es fanden insgesamt drei Ratssitzungen sowie drei Kongresse (einer davon außerordentlich) statt, an denen die FDP jeweils mit einer starken Delegation beteiligt war. Auf dem Kongress vom 26. bis 28. Mai 2023 in Stockholm verabschiedete die ALDE-Partei 23 Resolutionen, die sich mit aktuellen Herausforderungen Europas befassen. Darunter unter anderem:

→ Eine Strategie für die Beziehungen Europas zu China, die eine einheitliche und entschlossene EU-Politik gegenüber China fordert.

- Die Wiederbelebung einer proaktiven Handelspolitik zur Diversifizierung von Exportmärkten und Importquellen (auf Initiative der FDP-Delegation)
- Die Erweiterung des EU-Rahmens für Hassrede und Hassverbrechen, um Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und Behinderung einzubeziehen.
- Die Unterstützung für die schnelle Integration der Ukraine in die EU und NATO sowie für den Wiederaufbau des Landes.
- Die Befürwortung des Spitzenkandidatenprinzips zur Stärkung der europäischen Demokratie.

Vom 20. bis 21. Oktober 2023 fand der ALDE Rat in Bukarest statt. Im Fokus standen die Vorbereitung auf die Europawahlen 2024 sowie die Aufnahme neuer Mitglieder.

- Neue Mitglieder: Der Council nahm die italienischen Parteien Azione und Liberali Democratici Europei (LDE) als volle Mitglieder auf. Azione wird von Carlo Calenda geführt, einem ehemaligen Minister und Abgeordneten im italienischen Senat. LDE wurde 2023 gegründet und setzt sich für eine europäische, liberale und ökologische Politik ein.
- Neuer Generalsekretär: Didrik de Schaetzen wurde als neuer Generalsekretär der ALDE Party bestätigt. Er hatte die Position bereits ad interim seit Mai 2023 inne. De Schaetzen betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsparteien, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen.
- Führungswahl: Der Council beschloss ein Verfahren zur Auswahl des Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2024. Die Wahl sollte auf dem außerordentlichen Kongress im März 2024 stattfinden.

Am 20. und 21. März 2024 fand ein außerordentlicher Kongress in Brüssel statt, auf dem unsere Parteifreundin Marie-Agnes Strack-Zimmermann als Spitzenkandidatin der ALDE-Partei für die Europawahlen nominiert wurde. Die ALDE-Partei veröffentlichte zudem ihr Manifest für die Europawahlen 2024, das in einem partizipativen Prozess unter der Leitung von Vizepräsidentin Svenja Hahn erarbeitet wurde. Eine aktualisierte „Charta of Values“ wurde ebenfalls angenommen. Mit dieser wurde das Gründungsdokument der ALDE, die „Stuttgarter Erklärung“ von 1976 fortgeschrieben.

Am 21. und 22. Juni 2024 kam der ALDE Rat in Vilnius zusammen. Wichtige Themen waren:

- Resolution zur Lage in Georgien: Der Council verabschiedete eine dringende Resolution, in der er die Einführung eines "russischen Gesetzes" in Georgien kritisierte und Sanktionen gegen die georgische Regierung forderte. Die Resolution betonte die Bedeutung der europäischen Integration Georgiens und die Notwendigkeit, demokratische Werte zu wahren.
- Nachlese Europawahlen: Das für die ALDE enttäuschenden Wahlergebnis wurde diskutiert. Auch wurde Verhältnis von ALDE Partei und Renew-Fraktion intensiv beleuchtet.
- Finanzen: Die drohende stark reduzierte Parteienfinanzierung war Thema bei der Diskussion der Finanzvorlagen.

Vom 4. bis 6. Oktober 2024 fanden eine Ratssitzung und ein Parteikongress in Estoril statt. Der erste Tag begann mit der Ratssitzung, in der der Entwurf des Haushaltsplans für 2025 verabschiedet wurde. Aufgrund der verschlechterten Einkommenslage aus der EU-Parteienfinanzierung nach der Europawahl waren Einsparungen notwendig. Zudem wurde eine Beitragsreform beschlossen. Das neue ALDE Party Bureau wurde beauftragt, ein Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der Charter of Values durch die Mitgliedsparteien zu entwickeln. Dieses Verfahren soll liberalen Parteien die Möglichkeit geben, sich aktiv an der Förderung der Rechtsstaatlichkeit zu beteiligen. Auf dem Parteikongress wurden zehn Dringlichkeitsresolutionen zu aktuellen politischen Herausforderungen verabschiedet. Diese umfassten unter anderem:

- Die Unterstützung für politische Gefangene in Russland und die Verurteilung der dortigen Menschenrechtsverletzungen.
- Die Förderung der Integration Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum.
- Maßnahmen zur Bewältigung von Überschwemmungen und deren Auswirkungen auf den Klimawandel.
- Die Bewertung von Wahlstandards in Georgien und Venezuela.

Ein herausragendes Ereignis des Berichtszeitraums war die Wahl der FDP-Politikerin und Europaabgeordneten Svenja Hahn zur Präsidentin der ALDE-Partei. Sie wurde am 6. Oktober 2024 im Rahmen des ALDE-Kongresses in Portugal mit über 96 Prozent der Stimmen gewählt. In ihrer Antrittsrede betonte sie die Notwendigkeit, liberale Kräfte in Europa zu bündeln und gemeinsam progressive Reformen voranzutreiben. Svenja Hahn hatte sich bereits zuvor als Vizepräsidentin der ALDE-Partei sowie durch ihr Engagement für ein modernes, progressives Europa profiliert. Zum Ende des Berichtszeitraums hat sich die Zusammensetzung der ALDE-Partei und Renew-Fraktion verändert: ANO 2011 (Tschechien) und MRF (Bulgarien) sind ihrem vermutlichen Ausschluss durch Austritt zugekommen. Dies wurde auf einer außerordentlichen Online-Sitzung des ALDE Rats am 24. Januar zur Kenntnis genommen. Dadurch kam es zu einer zusätzlichen Mandatsverringerung in der liberalen Fraktion. •



Liberal International

Manfred R. Eisenbach

Sicherlich die TOP-Nachricht aus der Liberal International (LI) im Berichtszeitraum seit dem Bundesparteitag 2023 ist die Wahl unseres Parteifreundes Professor Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und bisheriger LI Deputy President, Ende November des letzten Jahres auf dem 64. LI-Kongress in Santiago de Chile zum neuen Präsidenten der liberalen Weltunion. Er tritt damit die Nachfolge der ehemaligen marokkanischen Umweltministerin und United Nations Climate Champion, Dr. Hakima El-Haité, an, die nach sechs Jahren Amtszeit nicht wieder kandidierte. Mit Professor Paqué steht 30 Jahren nach dem unvergessenen Otto Graf Lambsdorff, der 1991-1994 die LI führte und danach als deren Ehrenpräsident dem LI-Präsidium (Bureau) angehörte, wieder ein Freier Demokrat an der Spitze der Weltvereinigung der Liberalen. Ihm zur Seite gestellt wurde in der LI-Exekutive unser Parteifreund und DGLI-Generalsekretär Manfred R. Eisenbach, der als LI-Schatzmeister ebenfalls einstimmig in geheimer Wahl in seinem Amt für weitere zwei Jahre bestätigt wurde. Damit wurden nach der Wahl von Svenja Hahn zur ALDE-Parteipräsidentin und Jan-Christoph Oetjen zum Präsidenten der European Liberal Forum (ELF), der Vereinigung europäischer liberaler Stiftungen, vier Vertreter der FDP mit herausragenden Führungspositionen des organisierten Liberalismus außerhalb der Grenzen Deutschlands betraut.

Vervollständigt wird das Bild durch die Berufung unseres Parteifreunds Michael Kauch, der neu in dem angesehenen LI Human Rights Committee der ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Renata Alt, nachfolgte, die aus persönlichen Gründen nicht für eine weitere Amtsperiode gewählt

werden wollte. Weiterhin vertreten die FDP im LI Climate Justice Committee Lukas Köhler und im LI Fair Trade Committee Karl-Heinz Paqué, auf dessen Initiative hin der Handelsausschuss als dritte ständige Kommission der LI eingesetzt wurde.

Nicht nur die LI würdigt mit dieser personellen Aufstellung viele Jahre aktiver Mitarbeit der Gewählten in ihren Gremien und ihren Beitrag zur maßgeblichen Mitgestaltung der internationalen Zusammenarbeit. Die Berufungen sind auch ein besonderer Vertrauensbeweis in politische Erfahrung und das Engagement für Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Klimagerechtigkeit und fairen, regelbasierten Welthandel. Und für die FDP und die deutsche liberale Familie bedeutet Paqués Wahl eine weitere Stärkung ihrer Rolle in der globalen liberalen Bewegung. Bei diesem Goodwill verwundert es nicht, dass insbesondere vonseiten der europäischen LI-Mitglieder zahlreiche Nachfragen eingingen, wie nach der Bundestagswahl am 23. Februar und dem Aus der FDP für die 21. Wahlperiode der Partei geholfen werden kann, bei der nächsten Bundestagswahl wie 2017 wieder mit einem starken Ergebnis ins nationale Parlament einzuziehen.

Seit dem 63. LI-Kongress in der bulgarischen Hauptstadt Sofia fanden zwei statutarische Großveranstaltungen statt: Anfang Mai 2023 auf Einladung der kanadischen Schwesterpartei, Liberal Party of Canada (LPC), und der Canadian Group of Liberal International (CGLI) das 206. LI Executive Committee in Ottawa und Ende letzten November der 64. LI Congress in der chilenische Hauptstadt Santiago. Letztere Zusammenkunft war eine schon historisch anmutende Premiere, da Liberal International, auf Einladung unserer Schwesterparteien Evópoli und Partido Liberal de Chile, zum ersten Mal in ihrer über 75-jährigen Geschichte auf diesem Halbkontinent,

der in rasantem Tempo an weltpolitischer Bedeutung gewinnt, tagte.

Unter dem Kongressmotto "The Future of Freedom: Uniting Liberals to Re-Empower Democracies", das bereits beim Leitantrag des Exekutivkomitees in Kanada anklang, diskutierten die über 200 engagierten Führungspersonlichkeiten und Delegierten von 50 Mitgliedsparteien aus aller Welt leidenschaftlich über den zunehmenden Populismus, Autoritarismus und wirtschaftlichen Protektionismus, aber auch die Verdrängung der regelbasierten Weltordnung durch das Recht des Stärkeren, die die Freiheiten der Menschen untergraben, ja geradezu bedrohen. Diese Bedrohungen der liberalen Demokratie gehen einher mit dem wachsenden Gefühl vieler Bürger, von den traditionellen politischen Systemen abgekoppelt zu sein.

In dem einmütig verabschiedeten Leitantrag, der vom Berichterstatter, Solly Malatsi, Minister for Communication and Digitalisation of the Republic of South Africa, vorgelegt wurde, bekräftigten die Liberalen ihr unverbrüchliches Commitment für individuelle Freiheit, Gewährleistung gleicher Lebens- und wirtschaftlicher Chancen für alle, Demokratie, verantwortungsvolle freie Märkte und Umweltschutz: Sie bleiben für die Vision einer gerechten, prosperierenden Welt für alle Liberalen von wesentlicher Bedeutung.

Das LI-Exekutivkomitee, das Anfang Mai 2023 in der kanadische Hauptstadt zusammentrat, stand ganz im Zeichen des damals über ein Jahr andauernden brutalen, völkerrechtswidrigen Aggressionskriegs Russlands gegen die Ukraine, der sowohl im Leitantrag „State of Liberalism in the World“ und dem von den britischen LibDems und den niederländischen D66 eingebrachten Antrag „Towards a just peace for Ukraine“ ohne Wenn und Aber verabschiedet wurde. In dem Ukraine-Antrag, der auch mit den Stimmen der liberalen Partnerparteien des „Global South“ angenommen wurde, wurde nicht nur die Solidarität mit der Ukraine und für den künftigen Wiederaufbau bekundet. Sondern es wird insbesondere das Sanktionsregime gegen Russland, die Unterstützung der Ukraine mit humanitärer und militärtechnischer Hilfe, um die Bevölkerung und das Land gegen den Aggressor angemessen zu verteidigen und besetztes Territorium zurückzugewinnen zu können, die vollständige Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine über ihre Gebiete, Reparationszahlungen von Russland und die Verfolgung der begangenen Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof verlangt.

Nachdem im Vorjahr auf dem LI-Kongress in Sofia wenige Monate nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine dessen Staatspräsident Wolodymyr Senenkji – auch stellvertretend für sein tapferes Volk, das im Kampf gegen den Aggressor auch die

Freiheit Europas verteidigt – der Prize for Freedom verliehen worden war, erkannte das Exekutivkomitee diesen weltweit angesehenen Freiheitspreis 2023 dem unerschrockenen, führenden russischen Oppositionspolitiker Vladimir Kara-Murza zu, der auch eine Schlüsselrolle bei der Verabschiedung gezielter Magnitski-Sanktionen gegen russische Menschenrechtsverletzer durch den US-Kongress spielte. Nachdem er Moskaus Invasion in der Ukraine öffentlich verurteilt hatte, wurde Kara-Murza, der bereits zwei Giftattentate der russischen Geheimdienste überlebt hatte, willkürlich festgenommen und im April 2023 wegen Hochverrats zu 25 Jahren verschärfter Straflagerhaft verurteilt. Der unverblümter Kritiker von Putins Regime kam im August 2024 bei dem großen Gefangenenaustausch, gesundheitlich stark angeschlagen, auf besonderen Einsatz der Bundesregierung frei und entging damit vermutlich dem traurigen Schicksal seines Freundes Alexej Nawalny.

Aber die Tagung in Ottawa war auch von großer Kohäsionswirkung für die internationale liberale Familie: Die Stimme der Liberal Party of Canada, die wie die Deutsche Gruppe der Liberal International nach dem Zweiten Weltkrieg im Frühjahr 1947 in der englischen Universitätsstadt Oxford zu den Gründungsmitgliedern der liberalen Weltunion zählte, war leiser geworden und wurde als gewichtige Regierungspartei Nordamerikas während der einige Jahre andauernden „Inactivitas“ schmerzlich vermisst. Mit der großzügigen Gastgeberrolle und die Einladung der LI-Delegierten zu dem sich anschließenden LPC-Parteitag hat sich unsere Schwesterpartei zur aktiven Mitarbeit in der Liberal International zurückgemeldet. Unter Führung von Mark Carney, dem ehemaligen Chefs sowohl der kanadischen als auch britischen Zentralbank, der vor wenigen Wochen Justin Trudeau als liberaler Parteiführer und Premierminister nachfolgte, geht es für die LPC am 28. April bei den vorgezogenen Neuwahlen um die Behauptung ihrer Regierungsführung. Die Umfragen sehen angesichts der Trumpschen Disruptions- und Zollpolitik für die Liberalen günstig aus, die Wahlen zu gewinnen und in der Regierung eine starke liberale Stimme in der allgemeinen Weltunordnung zu bleiben.

Zusätzlich wurde am 12. Dezember 2023 eine außerordentliche Online-Sitzung des Exekutivkomitees anberaumt, um den Jahresabschluss 2022, der in Ottawa in der von der bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft testierten Form noch nicht vorlag, sowie den Haushaltsplan für 2024 zu genehmigen. Diese beiden Geschäfte wurden auf der 208. Exekutivkomitee-Sitzung, die am Vortag der Eröffnung des letzten Kongresses in Santiago stattfand, für 2023 (Bilanz) bzw. 2025 (Budget) erledigt.

Die finanzielle Situation der LI ist stabil, jedoch nicht

gesund, da die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen und sonstige Einnahmen bei weitem nicht ausreichen, den Geschäftsbetrieb im Generalsekretariat mit dem nur sehr kleinen Stab von derzeit vier Vollzeitstellen (einschl. Generalsekretär) im teuren London zu finanzieren. Die LI ist für ihre programmatische Arbeit weitgehend auf die Einwerbung von Projektmitteln und Sponsoring-Einnahmen angewiesen, um halbwegs über die Runden zu kommen. Die Deckung dieses strukturellen Defizits erfordert viel zusätzlichen Einsatz des Stabs, der für die inhaltliche und Servicearbeit für die Mitgliedschaft nicht mehr zur Verfügung steht.

Gleichwohl ist es alle Anerkennung wert, was mit den beschränkten Mitteln dort geleistet wird. Dank den großen Investitionen in die digitale Infrastruktur während der Corona-Zeit, ist die LI leistungsfähiger, schneller und damit schlagkräftiger – kurzum: moderner – geworden. Das kommt den Mitgliedern und liberalen Kooperationspartnern zugute, indem auf politische Ereignisse schnell reagiert wird, Webinare, Schulungen, Coachings angeboten werden und ein monatlicher elektronischer Newsletter erscheint. Zusätzlich zu diesem Mehrwert steht die LI auch im Vergleich zu den konkurrierenden internationalen Parteiverbänden – nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung der international tätigen NGO – sehr gut da. Dazu trägt insbesondere bei, dass das ehrenamtlich tätige LI-Präsidium für sich eine effektive Aufgaben- und Arbeitsteilung gemacht hat, die weltweite Präsenz ermöglicht. Aber auch die drei ständigen Arbeitsausschüsse der LI, die z. B. auf Grund ihres ECOSOC-Beobachterstatus beim UN-Menschenrechtsrat und bei den Weltklimakonferenzen präsent sind, tragen mit der Aktivität in der Interparlamentarischen Union (IPU) ganz wesentlich zur Sichtbarkeit der LI bei.

Aber trotz alledem bleibt es eine prioritäre Aufgabe der beiden LI-Schatzmeister, zügig die Finanzen der Vereinigung sozusagen vom Kopf auf die Füße zu stellen. Eine nicht leichte Aufgabe, denn damit wird auch eine Reform der Beitragsordnung mit einen fairen Burden Sharing einhergehen müssen. Neben der Erschließung zusätzlicher, mittelfristig verfügbarer Finanzmittel von Geldgebern, denen die Stärkung liberaler Gesichtspunkte in der internationalen Politik ein besonderes Anliegen sind. Aber gesunde Finanzen sind auch Teil von „good Governance“.

Zum Bericht über die Arbeit der LI gehört auch die Erwähnung der wichtigen Arbeit des International Network of Liberal Women (INLW), bei dem die FDP seit vielen Jahren Mitglied ist. Bei der jüngsten jährlichen Generalversammlung der INLW, bei der die FDP wohl wahlkampfbedingt nicht vertreten sein konnte, wurde deutlich, dass verstärktes Engagement Freier Demokratinnen sehr erwünscht ist. Nicht nur weil etwa die Hälfte der Weltbevölkerung weiblich ist und die liberalen Frauen aus Deutschland eine wichtige Stimme sind. Sondern weil auch das INLW auf Grund ihres ECOSOC-Beobachterstatus regelmäßig bei den Sessionen der United Nations Commission on the Status of Women (CSW) präsent ist und Stellungnahmen abgibt. Das Gleiche gilt beispielsweise für die Mitwirkung der INLW bei den Überprüfungskonferenzen der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDWA), vielleicht das wichtigste völkerrechtliche Menschenrechtsinstrument für Frauen. Die Erwartungen der INLW in die FDP sollten nicht enttäuscht werden. •



**Nur wer still
stehen bleibt,
tritt keinem
auf die Füße.**

GUIDO
WESTERWELLE



Bundesfachausschuss

Arbeit und Soziales

Vorsitz: Michael Kauch

Stellvertretende Vorsitzende: Patrick Arora, Dirk-Heinrich Heuer, Dagmar Lipper, Mona Model (bis Februar 2025)

Schwerpunktt Themen des BFA Arbeit und Soziales waren im Berichtszeitraum die private Altersvorsorge, das Streikrecht in der kritischen Infrastruktur und der europäische Arbeitsmarkt für Pflege und Betreuung in Privathaushalten. Hierzu hat der BFA dem Bundesparteitag bzw. dem Bundesvorstand programmatische Anträge vorgelegt.

Darüber hinaus stand die laufende Begleitung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung sowie die Zuarbeiten zum Europawahl- und Bundestagswahlprogramm im Mittelpunkt.

Weitere Themen waren der Fachkräftemangel, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die Bezahlkarte für Asylbewerber und sozialpolitische Probleme der EU-internen Armutsmigration. Europapolitisch hat der BFA Vorschläge zur Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und zur Anerkennung des EU-Behindertenausweises gemacht.

Der BFA Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum elfmal im Plenum getagt: am 14./15.7.2023 (Berlin), 29.8.2023 (digital), 22.10.2023 (Berlin), 17.3.2024 (Berlin), 24.3.2024 (digital), 28.7.2024 (Berlin), 11.9.2024 (Berlin), 6./7.12.2024 (Berlin), 16.3.2025 (Berlin), 15.4.2025 (digital) und 9.5.2025 (digital).

Als Arbeitsgruppen waren im Berichtszeitraum folgende Arbeitsgruppen aktiv:

- **AG Altersvorsorge**
Leitung: Patrick Arora
- **AG Inklusion**
Leitung: Dirk Heuer
- **AG Transformation der Arbeitswelt**
Leitung: Charline Kappes und Mona Model
- **AG Fachkräfte- und Personalmangel**
Leitung: Florian Swyter und Billy Bauer
- **Ad hoc AG zum Arbeitsrecht in Pflege/ Betreuung in privaten Haushalten**
Leitung: Dagmar Lipper und Philip Hagedorn



Bundesausschuss

Bau und Wohnen

Vorsitz: Sebastian Körber

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Ira Hörndler,
Wolfgang Züll

Der Bundesausschuss Bau und Wohnen hat in der vergangenen Amtszeit acht Mal in Präsenz bzw. hybrid getagt: 28./29.04.2023 in Bamberg, 30.06/01.07.2023 in Dresden, 27./28.10.2023 in Berlin, 16./17.02.2024 in Mainz, 21./22.06.2024 in Hamburg, 13./14.09.2024 in Heidelberg, 06./07.12.2024 in Berlin und 21./22.03.2025 in St. Augustin/Bonn. Die Sitzungen wurden stets von Mitgliedern des BFAs vor Ort mit vorbereitet und organisiert. Hierfür vielen Dank an alle, die sich eingebracht haben!

Sebastian Körber wurde als Vorsitzender von seiner Stellvertreterin Dr. Ira Hörndler und seinem Stellvertreter Wolfgang Züll unterstützt. Ein Dutzend Experten und weitere Gäste brachten stets ihre Fachexpertise ein. Der baupolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Daniel Föst hat die Mitglieder über die aktuellen parlamentarischen Initiativen stets auf dem Laufenden gehalten. Ein zusätzlicher Austausch fand über einen Messenger-Dienst statt, in dem interessante Themen, Initiativen, Papiere und Medienberichterstattungen diskutiert worden sind.

Zu Beginn jeder Sitzung wurden stets die aktuellen Themen in einer aktuellen politischen Stunde besprochen. Eigene Initiativen des BFAs, wie etwa Anträge, Positionspapiere und Beiträge zum Wahlprogramm wurden erarbeitet und verabschiedet.

In den einzelnen Sitzungen gab es jeweils folgende Schwerpunkte, Programmpunkte und Themen:

Am 28./29.04.2023 in Bamberg wurde in den Räumlichkeiten der Freimaurerloge, in der bereits Dr. Thomas Dehler Mitglied gewesen war, getagt. Ein Antrag zum Thema „Wohneigentum“ ist erarbeitet und abgestimmt worden mit der Absicht ein „Volk von Eigentümern“ zu werden. Auch das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde ausführlich diskutiert und kritisiert. Ferner wurden Thesen für eine liberale Baupolitik aufgestellt, insbesondere, wie wieder günstiger gebaut werden kann.

Als Referent hat Herr Winkler, Leiter des Amtes für ländliche Entwicklung in Oberfranken, die Zuständigkeiten, Herausforderungen und Möglichkeiten seines

Amtes erläutert. Anschließend wurde das Bioenergie-dorf Oberleiterbach besichtigt, das dank der Förderung durch das Amt für ländliche Entwicklung nahezu energieautark ist.

In Dresden wurde am 30.06.2023 und am 01.07.2023 im „Liberalen Haus“ getagt. Zu Beginn gab Thorsten Herbst einen Impuls zur aktuellen politischen Lage. Wolfgang Züll hat einen Vortrag zur Musterbauordnung und Beschleunigung im Baugenehmigungsverfahren gehalten. Für die Europawahl wurden Schwerpunktthemen zusammengetragen.

Zudem wurde mit der Arbeit an einem Positionspapier „Liberale Lösungsvorschläge zur Stärkung unserer ländlichen Räume“ begonnen. Abgerundet wurde die Sitzung mit einem Vortrag von Prof. Manfred Curbach im „Cube“-Gebäude zu einem spannenden neuen Baumaterial, dem Carbonbeton.

27./28.10.2023 in Berlin. Hier wurde im Hans-Dietrich-Genscher-Haus zum Mietrecht und abschließend zum Europawahlprogramm beraten. Wolfgang Oepen hielt einen Vortrag „Brandvorbeugung und Brandbekämpfung bei E-Mobilität mitdenken“.

Programmatisch wurde weiter zur Erstellung des Positionspapiers „Liberale Lösungsvorschläge zur Stärkung unserer ländlichen Räume“ sowie zu einer Thesensammlung „Gesetze verschlanken, Baukosten senken, Innovationen und Digitalisierung ermöglichen“ beraten. Außerdem fand ein Austausch statt, wie die Liberale Stadt bzw. Gemeinde aussehen könnte und wie sich die FDP hier von den Grünen unterscheidet.

In Mainz fand am 16./17.02.2024 die Sitzung im Abgeordnetengebäude statt. Programmatisch standen hier eine Diskussion Was erwarten wir von Europa für den Bereich „Wohnen, Bau und Stadt- und Landesentwicklung?“ und „Wie können wir die Bau- und Immobilienbranche wieder in Schwung bringen?“, inklusive Erarbeitung eines Sofortmaßnahmenpapiers mit Sofortmaßnahmen, auf der Tagesordnung.

Neben dem Beschluss des Positionspapiers „ländliche Räume“ wurde weiter die Vision „Was ist eine liberale Stadt“ fortgeführt und auf Dörfer bzw. ländliche Räume erweitert.

Ein spannender Impuls aus der Praxis war die Vor-

stellung von zwei Projekten „Technologiepark“ und „Umbau Karstadt“ durch einen Vortrag von Tim Gemünden, GFG Karl Gemünden GmbH & Co. KG.

Am 21./22.06.2024 hat sich der BFA in Hamburg im Hotel Gastwerk versammelt.

Zu Beginn erfolgte ein Impulsvortrag von Carina Skoglund von der Behrendt-Gruppe zu den aktuellen Herausforderungen der Immobilienbranche und im Nachgang dazu wurde ausführlich diskutiert und mögliche Lösungen aus liberaler Sicht erarbeitet.

Prof. Sotelo hat einen Vortrag mit Maßnahmen zur Belebung der Immobilienwirtschaft gehalten, der ausführlich und kontrovers diskutiert worden ist. Insbesondere standen Mietrecht und Förderpolitik im Vordergrund. Ein entsprechendes Thesenpapier soll nun erstellt werden.

Am 13./14.09.2024 tagte der BFA in Heidelberg, im Bürgerhaus Bahnstadt. Hier fand zu Beginn der Sitzung eine Besichtigung des Wavehouses (Europas größtes 3D-gedrucktes Gebäude) und eine Führung durch Hans-Jörg Kraus, geschäftsführender Gesellschafter der Kraus-Gruppe, statt. Im Anschluss wurde ein Sofortmaßnahmenpapier „Wie können wir die Bau- und Immobilienbranche wieder in Schwung bringen?“ erstellt und weiter über die Frage, was eine Stadt/Gemeinde bzw. Dorf/ländlichen Raum aus liberaler Sicht ausmacht, diskutiert.

Im Hans-Dietrich-Genscher-Haus fand am 06./07.12.2024 in Berlin eine weitere BFA-Sitzung statt. Nach der Erarbeitung von Bausteinen für das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 hat Rolf Würz einen Impulsvortrag zur Immobilienfinanzierung: „Beleihungswert, Zinssatz, Eigenkapital - Worauf ist zu achten? Wo besteht politischer Handlungsbedarf?“ gehalten. Auch wurden fünf radikale Vorschläge, wie Bauen und Wohnen wieder bezahlbar werden kann, besprochen.

Weitere Tagesordnungspunkte der programmatischen Arbeit waren das Sofortmaßnahmenpapier „Wie können wir die Bau- und Immobilienbranche wieder in Schwung bringen?“ und die Finalisierung von „Was ist eine liberale Stadt“ mit der Erweiterung auf Dorf/ländliche Räume.

Am 21./22.03.2025 wurde im Hotel Hangelar in St. Augustin bei Bonn getagt. Abschließende Änderungen zum Papier „Was ist eine liberale Stadt“ mit Erweiterung auf Dorf/ländliche Räume wurden hier ebenso formuliert wie liberale Alleinstellungsmerkmale aus dem Bereich „Bau- und Wohnungspolitik“ für die APO-Zeit. Ein Impulsvortrag von Wolfgang Züll „Baurecht schaffen mit §§ 34, 35 BauGB - Einführung, Anwendung und Abgrenzung“ schloss sich an.



Bundesausschuss

Bildung, Forschung und Technologie

Vorsitz: Lisa Deißler

Stellvertreter: Finn Brandt, Christiane Brunk,
Dr. Matthias Büger, Andreas Kosmider

Der Bundesausschuss Bildung, Forschung und Technologie hat im Berichtszeitraum vier Sitzungen durchgeführt: eine digitale Sitzung am 9. März 2023, eine Präsenzsitzung am 8.–9. Dezember 2023 in Dresden, eine weitere digitale Sitzung am 15. Juni 2024 sowie eine Präsenzsitzung am 29.–30. November 2024 in Braunschweig. Die Sitzungen wurden teils digital, teils hybrid abgehalten, um eine breite Beteiligung zu ermöglichen. Der Ausschuss ist in vier Arbeitsgruppen gegliedert: Schule und frühkindliche Bildung (geleitet von Christiane Brunk), berufliche Bildung (geleitet von Finn Brandt), Forschung und Technologie (geleitet von Andreas Kosmider) sowie Hochschulen und Wissenschaft (geleitet von Dr. Matthias Büger). Diese Arbeitsgruppen erarbeiten eigenständig Anträge, die anschließend im Plenum beraten und beschlossen werden.

Ein zentraler Bestandteil der Ausschussarbeit war der regelmäßige Austausch mit Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger sowie den Parlamentarischen Staatssekretären Dr. Jens Brandenburg und Mario Brandenburg, um aktuelle politische Entwicklungen zu diskutieren und die Zusammenarbeit zu stärken. Thematisch lag der Fokus auf Bildungspolitik, Forschung und Technologie sowie auf Hochschulen. Im Bereich Bildung wurde ein verpflichtendes Vorschuljahr im Rahmen des Startchancen-Programms diskutiert, ebenso wie die Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule zu einem Digitalpakt 2.0 mit Schwerpunkt auf KI-Kompetenzen. Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels wurde ein Antrag zur Durchführung einer bundesweiten Imagekampagne beschlossen, um den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten.

Im Bereich Forschung und Technologie wurden mehrere Anträge verabschiedet: Ein Antrag zur Förderung der Gentechnik betont die Bedeutung der CRISPR/Cas-Methode für eine nachhaltige Landwirtschaft und den Forschungsstandort Deutschland. Ein weiterer Antrag zielt auf die umfassende Erforschung von Wasserstofftechnologien aus allen Quellen (grauer, blauer und roter Wasserstoff), um das Innovationspotenzial dieses Energieträgers voll auszuschöpfen. Zudem wurde das Innovationsprinzip als Leitlinie für Gesetzgebungsprozesse vorgeschlagen, um das Innovationspotenzial neuer Gesetze systematisch zu erfassen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke. Der Ausschuss fordert bundesweit rechtssichere Regelungen für die Nutzung patientenbezogener Daten, einschließlich zentraler Datenpools und lokal zugänglicher Datenbanken, um KI-Systeme zu trainieren und medizinische Innovationen voranzutreiben. Im Bereich Hochschulen wurde ein Antrag zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit beschlossen, der Ombudspersonen zur Sicherung dieser Freiheit vorsieht. Darüber hinaus wurde ein Antrag zur Unterstützung universitärer Rüstungsforschung eingebracht, der eine bessere Vernetzung zwischen ziviler und militärischer Forschung fordert.

Die Ergebnisse dieser Arbeit flossen in die Modulliste für das Bundestagswahlprogramm 2025 ein. Zu den priorisierten Themen gehören die Reform des Bildungsföderalismus mit einheitlichen Qualitätsstandards und Abschlussprüfungen, die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres, die Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule sowie die Förderung von KI durch vereinfachten Zugang zu Trainingsdaten. Der Ausschuss hat durch enge Zusammenarbeit mit externen Experten sowie übergeordneten Gremien maßgeblich zur programmatischen Weiterentwicklung der FDP beigetragen.



Bundesausschuss

Digitale Agenda, Internet und Medien

Vorsitz: Daniela Kluckert

Stellvertretende Vorsitzende: Maximilian Funke-Kaiser, Helge Buckow (bis 10/2024), Maja Pfister (seit 10/2024)

Der Bundesausschuss Digitale Agenda, Internet und Medien hat sich zum Ziel gesetzt, konkrete Handlungsempfehlungen für die weitere Beschleunigung und Umsetzung der Digitalisierung Deutschlands zu formulieren.

Nach einer genauen Betrachtung des Status Quo und der weiteren Pläne der Politik wurden auch in den Jahren 2023-2025 in Arbeitsgruppen verschiedene Bereiche tiefergehend bearbeitet:

- Kommission Medien / MdB Thomas Hacker (bis März 2023)
- Cybersecurity / Dr. Martin Dickopp
- Digitale FDP / Prof. Ralf-Reiner Piesold
- New WORK KMU / Thomas Freyer (bis Ende 2023)
- Standards & KI / Dr. Christian Tietz
- eGovernance / Thorsten Sinning

Auch in den Jahren 2023-2025 verständigten sich die Arbeitsgruppen auf eigenständig organisierte Treffen respektive virtuelle Treffen, um Grundsatzpapiere, Vorschläge und Anträge für die Bundesparteitage zu formulieren. In jeder Sitzung wurden neben den Berichten aus dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und der Bundestagsfraktion ebensolche aus den Arbeitsgruppen formuliert sowie Anträge und Initiativen diskutiert.

Als rein digitale Sitzung tagte der BFA zum dritten Mal am 23./24. Februar 2024. Für Vorträge und anschließende Diskussionen konnten wir in dieser Sitzung wieder hochrangige Experten begrüßen:

- Digitalisierungsexpertin Bianca Kastl: „Assume Breach - IT-Sicherheitsrisiken und deren Reduzierung im digitalen Gesundheitswesen“
- Austausch mit Prof. Dr. Sylvia Thun, Direktorin, Core-Unit eHealth und Interoperabilität (CEI), Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH)

- Carl Philipp Burkert, CIO der Freien Demokraten und Vorstand Universum AG: „Die digitalen Werkzeuge der Freien Demokraten – Status Quo und Weiterentwicklung“, sowie
- Felix Falk / Geschäftsführer Games e.V.: „Gameslandschaft und Gamesförderung in Deutschland“

Für die Europawahl 2024 wurde beschlossen, aus dem BFA Impulse und Module für das Wahlprogramm zu entwickeln. Diese wurden im Juli und August finalisiert und übergeben.

Die vierte Zusammenkunft des BFA fand am 18./19. Oktober in Berlin statt. Formalitäten waren die Nachwahl einer/eines Sachverständigen gem. § 2 Abs. 1 Punkt 2 GOBFA und die Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden gem. § 5 Abs. 2 GOBFA. Als Vortragende und Impulsgeber konnten wir Generalmajor Dag Baehr/Vizepräsident des BND zu „Chancen und Risiken für die Nachrichtendienste durch den Einsatz von KI“ mit anschließender Diskussion gewinnen (krankheitsbedingt kurzfristig ausgefallen). Mit Svenja Hahn MdEP folgte ein Vortrag und Austausch zum Thema „Quo vadis Digitalisierung in der EU?“. Aus den eigenen Reihen des BFA trug Prof. Ralf-Reiner Piesold zum Thema „eGovernment“ vor.

Die fünfte Sitzung (digital) des Bundesausschusses Digitales, Internet und Medien fand am 07./08. März 2025 statt. Es gab einen Impulsvortrag „Wettbewerbsentwicklung auf dem Telekommunikationsmarkt“ mit anschließender Diskussion: Prof. Dr. Tomaso Duso/Vorsitzender der Monopolkommission und Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M./ehem. Vorsitzender der Monopolkommission. Es folgten Berichte aus der Bundestagsfraktion mit anschließender Aussprache. Zuletzt folgte ein Impulsvortrag mit anschließendem Austausch „Zeitgemäßer Umgang mit Daten“ von Frederick Richter, LL.M., Vorstand der Stiftung Datenschutz.

Beiträge bei den vergangenen und für den kommenden Bundesparteitag: Zum Bundesparteitag 2025 hat der BFA den Antrag „Next-Gen-Förderung für Next-Gen-Sport – E-Sport ganzheitlich voranbringen“ eingereicht.



Bundesfachausschuss

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitz: Alena Fink-Trauschel

Am 27.10.2024 fand erstmalig wieder eine Online-Sitzung statt, die durch die Stellvertretung Lilly Bergemann geleitet wurde. Diskutiert wurde insbesondere die zukünftige Zusammenarbeit im Bundesfachausschuss selbst und das Wahlprogramm der Freien De-

mokraten für die Bundestagswahl im Februar 2025. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den frauen- und familienpolitischen Themen. Zudem wurden drei Anträge für den kommenden Bundesparteitag diskutiert. Die Themen dieser Anträge umfassen Schwangerschaftsabbrüche, Femizide und die Perspektiven der Prostitution.



Bundesausschuss

Finanzen, Steuern und Haushalt

Vorsitz: Katja Hessel

Stellvertretende Vorsitzende: Philipp Iza Schilling,
Carsten Rothbart (bis 11/2023)

Der Bundesausschuss Finanzen, Steuern und Haushalt befasst sich inhaltlich mit dem Bereich „Politik, die rechnen kann“. Das umfasst die Aufgabenbereiche des Bundesministeriums der Finanzen und des Finanz- und Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag.

Am 19.07.2024 verstarb mit Horst-Jürgen Lahmann ein langjähriges engagiertes Mitglied des Bundesausschusses, der sich über Jahre mit dem Bereich der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verdient gemacht hat.

Der BFA hat sich in den vergangenen zwei Jahren hauptsächlich mit der Abstimmung der Positionen in der Finanz, Steuer- und Haushaltspolitik zwischen dem Bundesministerium der Finanzen, der Fraktion und der Partei beschäftigt. Darüber hinaus haben wir Ideen und Änderungsanträge an den Wahlprogrammen zur Europa- und Bundestagswahl ausgearbeitet und eingebracht.

Der BFA tagt normalerweise zweimal in Präsenz in Berlin und hält dazwischen mehrere virtuelle Sitzungen ab. Dabei standen immer ein Bericht zur aktuellen Entwicklungen im Bereich des Haushalts- und Finanzausschusses im Deutschen Bundestag sowie zu aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene auf der Tagesordnung.

Der Fachausschuss hatte anfänglich vier Arbeitsgruppen:

- AG Steuern (Leiter Carsten Rothbart bis 11/2023),
- AG Haushalt (Leiter Stefan Beyer bis 07/2024),
- AG Banken-/Kapitalmarktunion (Leiter Julian Barazi bis 07/2024),
- AG Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Leiter Horst-Jürgen Lahmann bis 07/2024)

Daneben gab es einige Projektgruppen, die sich zu speziellen Themen zusammengefunden haben, wie zum Beispiel „Private Altersvorsorge“, die von Willy Blaßies geleitet wurde.

Aus dieser entstand der Antrag „Eine liberale Re-

form: Private Altersvorsorge für alle – selbstbestimmt, eigenverantwortlich und einfach“, durch dessen Beschluss auf dem 74. Ord. Bundesparteitag 2023 der BFA einen großen inhaltlichen Erfolg erzielt hat. Die private Altersvorsorge war eines der Schwerpunktthemen in der vergangenen Periode.

Die Arbeitsgruppen wurden durch Projektgruppen ersetzt.

Die erste Präsenzsitzung am 16. und 17. Juni 2023 befasste sich zunächst mit den Themen des Inflationsausgleichsgesetzes, der Besteuerung der Energiepreiskontrollen sowie hauptsächlich mit den Aufstellungsverfahren zum Bundeshaushalt 2024 und der Reform der europäischen Fiskalregeln.

Bei den einzelnen Projektgruppen ging es u.a. um die Themenbereiche der Wegzugsbesteuerung, die Aufarbeitung des 28. Subventionsberichts, die Abwicklung der UBS Bank in der Schweiz sowie die Untersuchung der Mischfinanzierungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Die Projektgruppe Altersvorsorge hat über den Fortgang nach Beschluss des Antrages berichtet. Darüber hinaus gab es eine Führung durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die nächste Präsenzsitzung fand am 17. und 18.11.2023 statt und stand unter dem Zeichen des ergangenen Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Nachtragshaushalt 2021 und dessen Konsequenzen. Darüber hinaus gab es einen Vortrag des Bundesverbandes deutscher Banken zum Digitalen Euro und weiteren finanzpolitischen Themen, die der BFA im Anschluss diskutierte.

Weitere Schwerpunkte der Sitzung waren eine Information zu den Plänen der Altersvorsorge der Bundesregierung durch die Berichterstatte Anja Schulz. Des Weiteren wurde der Entwurf des Europawahlprogramms diskutiert und die Vorüberlegungen zur Aufstellung eines Bundestagswahlprogrammes getroffen. Bei den Berichten aus den Arbeitsgruppen ist zu erwähnen, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bund-Länder-Finanzbeziehungen abgestimmt wurden.

In den Videokonferenzen vom 30.11.2023 und 04.12.2023 ging es um die Änderungsanträge zum Europawahlprogramm.

In der Videokonferenz vom 31.01.2024 ging es zunächst um die Berichte über den aktuellen Stand der Haushaltsverhandlungen für 2024 und den geplanten Kürzungen im Agrarbereich sowie die geplante rückwirkende Erhöhung des Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages für 2024, welche aufgrund der Erhöhung des Bürgergeldes geboten waren. Der aktuelle Stand des Wachstumschancengesetzes wurde erörtert und das Vorgehen zum Bundestagswahlprogramm konkretisiert.

Die Videokonferenz vom 20.03.2024 hatte hauptsächlich die aktuellen Entwicklungen in der Gesetzgebung auf Bundesebene zum Inhalt (Rentenpaket, Reform der Altersvorsorge, Bekämpfung Finanzkriminalität, Wachstumschancengesetz und Bundeshaushalt). Darüber hinaus wurde der Stand der Arbeitsgruppen zum Bundestagswahlprogramm erörtert und weiter vertieft. Es wurden auch noch einmal neue Ideen zum Themenbereich „Wegzugsbesteuerung“ und EU-Taxonomie entwickelt.

Am 15.05.2024 wurde in der Videokonferenz hauptsächlich eine Rückschau zum Bundesparteitag und dem beschlossenen Leitantrag gehalten und die Punkte, die den BFA betreffen, noch einmal erläutert. Auch wurde die Zeitschiene zum Bundestagswahlprogramm noch einmal aktualisiert.

Die eigentlich als Präsenzsitzung angedachte Sommersitzung am 28. und 29.06.2024 wurde wegen der Fußball-EM als Videokonferenz durchgeführt. Zusätzlich zu den aktuellen Berichten über den Stand der Gesetzgebung, der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2025 und der geplanten Wachstumsinitiative, wurden die überwiesenen Anträge und eigene Anträge

beraten. Die Vorbereitung für das Bundestagswahlprogramm wurde vertieft besprochen.

In der Videokonferenz am 14.07.2024 wurden die Arbeitsaufträge und inhaltliche Punkte aus der Sommersitzung bezüglich des Bundestagswahlprogrammes geprüft und verteilt.

Die Herbstpräsenzsitzung fand am 15. und 16.11.2024 statt. Diese Sitzung stand unter dem Vorzeichen des kurz zuvor erfolgten Auseinanderbrechens der Regierungskoalition statt. Dies war auch einer der Schwerpunkte, die in dem Impulsvortrag eines Vertreters des Zentralverbandes des deutschen Handwerks aufgegriffen wurden. Weitere Themen waren die diskutierten Punkte der Wachstumsinitiative, der Fachkräftemangel und die Probleme bei den Unternehmensnachfolgen.

Intensiv wurde auch das Papier für eine Wirtschaftswende von Christian Lindner diskutiert und befürwortet. Ansonsten stand der BFA unter dem Zeichen der Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms. Es wurden sowohl die Modulentwürfe intensiv diskutiert als auch der geänderte Zeitplan.

Im Jahr 2025 gab es wegen der vorgezogenen Bundestagswahl nur eine Videokonferenz am 26.03.2025, die hauptsächlich das an diesem Tag ergangene Urteil zur Verfassungsbeschwerde gegen den Solidaritätszuschlag zum Inhalt hatte. Darüber hinaus wurde das Schuldenpaket intensiv diskutiert sowie erste Bewertungen zu den veröffentlichten Sondierungsergebnissen von CDU/CSU und SPD in den BFA betreffenden Bereichen formuliert.



Bundesfachausschuss

Gesundheit

Vorsitz: Christine Aschenberg-Dugnus

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Luzie Braun-Durlak, Dr. Stefan Schönberger, Thomas Wudtke, Dirk-Heinrich Heuer (Schriftführer)

Die Sitzungen des Bundesfachausschusses fanden im Berichtszeitraum Juni 2023 bis Februar 2025 an folgenden Terminen statt:

1. 02./03.06.23 in Würzburg (hybrid)
2. 12.07.23 digital
3. 06.09.23 digital
4. 13./14.10.23 in Berlin, HDGH
5. 08./09.03.24 in Berlin, Bundesgeschäftsstelle bpa, (hybrid)
6. 06.07.24 digital
7. 10.11.24 digital
8. 22./23.11.24 in Berlin, HDGH, (hybrid)
9. 28.02./01.03.25 in Berlin, HDGH, (hybrid)

Die BFA Sitzungen haben sich mit folgenden Themen befasst:

Sitzung 02./03.06.23:

- Digitalisierungsstrategie
- Vergewerblichung der Zahnheilkunde
- Überwiesene Anträge
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss
- Berichte der AGs

Sitzung 12.07.23:

- Positionspapier AG Krankenversicherung
- Anträge der AG Digitalisierung
 - a) Entlastung der Heilberufe von fachfremder Belastung
 - b) Die Opt-Out ePA für eine sichere Daten-Souveränität

Sitzung 06.09.23:

- Module Europa Wahlprogramm Gesundheit

Sitzung 13./14.10.23:

- Bericht des Generalsekretärs Bijan Djir-Sarai

- Bericht zur Digitalisierung
- Antrag Entlastung Notfallambulanzen
- Antrag Versäumte Arzttermine
- Module Europa Wahlprogramm
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss
- Berichte der AGs

Sitzung 08./09.03.24:

- Aktuelle pflegepolitische Herausforderungen
- iMVZ – aktuelle Lage
- Anträge der AGs:
 - a) Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege
 - b) Notfallambulanzen
 - c) Versäumte Termine in Arztpraxen
 - d) Umweltwirkungen von Arzneimitteln
 - e) Niederlassungsfreiheit für Kinderärzte
- Bericht aus dem Gesundheitsausschuss
- Überlegungen zum Spannungsfeld GKV/PKV

Sitzung 06.07.24:

- Überwiesene Anträge vom BPT:
 - a) Der Patient im Mittelpunkt
 - b) Genitalverstümmelung
 - c) Geschlechtermedizin
 - d) Erhebung geschlechtsspezifischer Daten
- Antrag Terminausfälle
- Medizinforschungsgesetz
- Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
- Transformationsfonds

Sitzung 10.11.24:

- Module Bundestagswahl Programm

Sitzung 22.11./23.11.24:

- Impulsvortrag Umweltwirkung Arzneimittel
- Aussprache Aktuelle Lage
- Überwiesene Anträge
- Antrag Terminausfälle und deren Finanzierung
- Anregung und Kritik

Sitzung 28.02./01.03.25:

- Aussprache Ergebnis Bundestagswahl



Bild: Christine Aschenberg-Dugnus

- Gesundheitspolitische Themen in der kommenden Legislatur
- Berichte der AGs
- Anträge Bundesparteitag

Der Bundesfachausschuss hat folgende Anträge zum Bundesparteitag gestellt:

- Nationale Demenzstrategie
- Ausbildungslücke schließen-Berufsausbildungsvergütung beitragsfrei stellen
- Niederlassungsfreiheit für Kinderärztinnen und Kinderärzte
- Qualifizierte Ersteinschätzungen zur Verbesserung und Steuerung der Notfallversorgung
- Der Patient im Mittelpunkt – der Arzt im Blick
- Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege aus der Praxis für die Praxis

Der Bundesfachausschuss Gesundheit tagt mindes-

tens dreimal jährlich in hybrider Sitzung. Die Arbeitsgruppen tagen eigenständig digital und bereiten Themen und Anträge für die BFA Sitzungen vor. Gerne lädt der BFA Gesundheit Referenten für Vorträge ein, um auch außerhalb der FDP sichtbar zu sein und differenziert zu diskutieren.



Bundesfachausschuss

Internationale Politik

Vorsitz: Svenja Hahn MdEP

Stellvertretende Vorsitzende: Phil Hackemann, Sven Hilgers, Gudrun Kopp und Marina Schuster

Der Bundesfachausschuss Internationale Politik unter Leitung von Svenja Hahn, MdEP, konnte im Berichtszeitraum die Beschlusslage der Freien Demokraten zu Außen- Sicherheits- und Europapolitik weiter maßgeblich prägen.

Der BFA kam insgesamt zu fünf ordentlichen Sitzungen und mehreren Online-Veranstaltungen zusammen und brachte fünf politische Anträge zu den Bundesparteitagen der FDP ein. Zum ordentlichen Bundesparteitag 2025 hat der BFA einen umfassenden Antrag zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik formuliert. Folgende Anträge des Berichtszeitraums sind inzwischen Beschlusslage der FDP:

- „Eine liberale Handelsagenda – Für Wettbewerb, Wachstum und Menschenrechte“: beschlossen vom FDP-Bundesvorstand am 4. September 2023
- „Den Wiederaufbau in der Ukraine an liberalen Prinzipien ausrichten“: beschlossen vom FDP-Bundesvorstand am 4. September 2023
- „Für ein starkes, demokratisches und prosperierendes Lateinamerika“: beschlossen vom FDP-Bundesvorstand am 11. März 2024
- „NATO-Gipfel muss Signal der Stärke senden“: Verabschiedet vom Bundesparteitag am 28. April 2024

Ordentliche Sitzungen des BFA IP:

Die BFA-Sitzung im Juli 2023 in Berlin stand ganz im Zeichen des Programms zur Europawahl 2024, bei dem die Expertise des BFA in ganz besonderem Maße gefragt war. Dem Austausch zum Programm-

prozess mit der designierten Spitzenkandidatin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai folgte der Auftakt zur inhaltlichen Arbeit des BFA an den Modulen zum Wahlprogramm.

Ein Highlight der vergangenen Jahre war die BFA-Sitzung im November 2023 in Brüssel. Dabei besuchte der BFA das NATO-Hauptquartier, sowie das Europäische Parlament und die ALDE-Parteizentrale.

Im März sowie im November 2024 tagte der BFA wieder in Berlin. In beiden Sitzungen stand der Austausch mit den Bundestags- und Europaabgeordneten der Freien Demokraten im Mittelpunkt. Tag eins der Herbst-Sitzung fand auf Einladung von Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, Repräsentant von Taiwan, in der Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland statt. Mit Professor Shieh diskutierte der BFA ausführlich über die derzeitige politische Lage in Taiwan und im Westpazifik.

Online-Events des BFA IP:

Neben den ordentlichen Sitzungen organisierte der BFA immer wieder auch Online-Events mit Experten zu aktuellen Themen. Dazu zählten etwa Veranstaltungen mit Dr. Stefanie Babst zum Thema „Eine To-Do-Liste für die deutsche Außenpolitik“, mit Dr. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investmentbank, zur Neuausrichtung deutscher und europäischer Außen- und Entwicklungspolitik sowie ein Austausch mit unserer liberalen israelischen Partnerpartei Yesh Atid. Im März 2025 organisierte der BFA einen Austausch zur aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Lage, unter anderem mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Alexander Graf Lambsdorff.





Bundesausschuss

Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz

Vorsitz: Dr. Matthias Schulenberg

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Torsten Brand und Prof. Dr. Wilfried Bernhardt

Im Berichtszeitraum vom 19. März 2023 bis heute tagte der BFA in insgesamt drei Präsenzsitzungen, aufgeteilt jeweils in Frühjahrssitzung und Herbstsitzung. Zwischen den Sitzungen fand die Willensbildung elektronisch statt. Vorsitzender für den genannten Zeitraum war und ist Dr. Matthias Schulenberg. Stellvertretende Vorsitzende waren Dr. Torsten Brand und Prof. Dr. Wilfried Bernhardt.

Auf der Herbstsitzung am 17./18. November 2023 standen neben aktuellen Themen der Rechts- und Innenpolitik die Beratung des Positionspapiers der Bundestagsfraktion zum Beschlussmängelrecht im Aktiengesetz auf der Tagesordnung, die in einem Tendenzbeschluss über eine Reform des Beschlussmängelrechts mündete. Ferner beschloss der BFA, dass eine Widerspruchslösung bei AGB-Änderungen der Kreditwirtschaft eingeführt werden solle. Er sprach sich des Weiteren dafür aus, dass vor der Insolvenz vereinbarte Globalzessionen nach abgeschlossener Restschuldbefreiung keine Wirksamkeit entfalten sollten. In Verbindung mit einem Vortrag einer Expertin des Deutschen Jugendinstituts diskutierte der BFA aktuelle Entwicklungen der Delinquenz im Kinder- und Jugendalter im Spiegel ausgewiesener amtlicher Daten und kriminologischer Erkenntnisse. Er befasste sich ferner mit einer Reform der juristischen Ausbildung anhand eines Beschlussantrags. Weitere Beschlüsse umfassten einen Antrag zur Beschleunigung von Asylverfahren durch konkrete verfahrensprozessuale Gesetzesänderungen sowie einen Beschluss zur vollständigen Digitalisierung des Zwangsvollstreckungsverfahrens. Des Weiteren erörterte der BFA die Rechtsstaatslage in der EU und beschloss dazu ebenfalls einen inhaltlichen Antrag. Schließlich befasste er sich mit verschiedenen vom Bundesparteitag an ihn überwiesenen Anträgen.

Auf seiner Frühjahrssitzung am 16./17. Februar 2024 befasste sich der BFA neben aktuellen Themen der Rechts- und Innenpolitik mit einer Diskussion im Außenwirtschaftsrecht anhand eines Beschlussvorschlages für ein Fair-Level-Playing-Field in der Außenwirtschaft, mit dem beim Erwerb von Unternehmen mit Sitz in der EU oder in Deutschland durch natürliche Personen und Unternehmen aus Drittstaaten ein Gegenseitigkeitsprinzip eingeführt werden soll. Der

Antrag wurde beschlossen und zum Bundesparteitag eingebracht. Anhand eines Vortrags von Staatssekretär Bernd Schlömer wurden aus Sicht eines Bundeslandes die Fortschritte und Hindernisse bei der Digitalisierung der Verwaltung beraten und ein Beschluss über sieben Kernpunkte gefasst, die die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung bilden. Im Rahmen einer Diskussion zu den Entwicklungen in der europäischen Justiz- und Rechtspolitik wurde ferner ein Beschluss zum Entwurf der Europäischen Kommission zur Zahlungsverordnung verabschiedet. Ferner befasste sich der BFA mit den vom BMJ geplanten Reformvorhaben zum Strafgesetzbuch und fasste einen Beschluss zu den Eckpunkten des BMJ. Zudem fanden ausführliche Diskussionen statt zur Frage, wie das Bundesverfassungsgericht in der Demokratie gestärkt werden könne sowie zu einem möglichen Parteiverbot der AfD.

Im Herbst fand rege und aktive Arbeit der BFA-Mitglieder bei der Aufstellung und Gestaltung des Bundestagswahlprogramms für die Bundestagswahl 2025 statt. Dabei wurden schon parallel und im Vorfeld der Diskussion der Programmkommission die zahlreichen Beschlüsse des BFA aus den letzten Sitzungen und Jahren gesammelt und bewertet, damit sie frühzeitig in ersten Entwürfen Berücksichtigung finden konnten. In vielfältigen Diskussionen wurden darüber hinaus Formulierungsvorschläge und Anträge gefunden, die in Diskussion mit und durch Übernahme der zuständigen Mitglieder der Programmkommission in die Beratungen zur Aufstellung und Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms eingeflossen sind. Der Bundesausschuss und seine Mitglieder haben sich hier aktiv eingebracht und vielfältige „Spuren“ hinterlassen. Die Mitglieder des Bundesausschusses bedanken sich hier insbesondere auch für die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitgliedern der Programmkommission.

Auf der Frühjahrssitzung am 21./22. März 2025 beschäftigte sich der BFA mit dem Stand und der Entwicklung zu nicht erledigten liberalen Vorhaben im Rahmen der Justiz- und Innenpolitik und beriet, welche Themen für die arbeitende FDP in der außerparlamentarischen Opposition vorangetrieben werden sollen. Er verabschiedete einen Antrag zur Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Ferner befasste sich der BFA mit dem Gesetz zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit als vorbildliches Muster der Erprobung

neuer Wege im Zivilgerichtsprozess der Zukunft. Auf Bitten des BFA Wirtschaft und Mittelstand berieten die Mitglieder Fragen des Umbaus der Altersversorgung für Beamte und der Altersabsicherung der Berufspolitiker. Ein weiteres Mal wurde kontrovers ein mögliches Parteiverbot der AfD diskutiert.



Bundesfachausschuss

Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: Dieter Kleinmann

Stellvertretende Vorsitzende: Jörg Diehl, Karoline Preisler und Arndt Scheffler

Dem Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gehören Mitglieder des christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens an. Der Bundesfachausschuss ist offen für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot, die Glaubensvielfalt und die Grundrechte anerkennen.

Bei der konstituierenden Sitzung wurden vier Arbeitskreise eingerichtet:

1. Grundsatzfragen und Religionsverfassungsrecht
2. Jüdisches Leben und Antisemitismus
3. Stärkung des liberalen Islams
4. Christentum

Besonders erfreulich ist die Zusammenarbeit mit der Ibn Ruschd-Goethe Moschee, die sich dem Grundgesetz verpflichtet weiß und die Gleichstellung von Frau und Mann als selbstverständlich ansieht. Die Leiterin und Imamin der Moschee, Frau Seyran Ateş, ist als Sachverständige per Zuwahl Mitglied des BFA.

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich der BFA 2023 und Anfang 2024 mit einem „Maßnahmenkatalog gegen Antisemitismus“. Dieser wurde vom 75. Ord. Bundesparteitag angenommen. Inhaltlich ging es bei diesem Maßnahmenkatalog um die „Bekämpfung von Antisemitismus“, die „Erinnerungs- und Gedenkkultur“ und die „Förderung jüdischen Lebens“. Der beschlossene Antrag wurde u.a. auch an den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Josef Schuster, weitergeleitet.

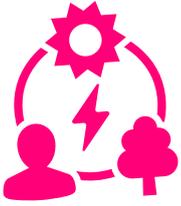
Weitere Themen waren:

- Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen,
- geschäftsmäßig assistierter Suizid - § 217 StGB,
- die Einführung eines gemeinsamen „Christlichen Religionsunterrichts“ in Niedersachsen und
- die Teilnahme des BFA am 39. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) vom 30.04.-04.05.2025 in Hannover mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ (Messegelände).

Die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen gem. Art. 140 GG i. V. m. Art.138 Abs.1 WRV befürwortet der BFA, da sie verfassungsrechtlich geboten ist, ebenso die dabei vorgesehene Anwendung des Äquivalenzprinzips (aktuell gezahlte Staatsleistungen mal einem noch auszuhandelnden Faktor).

Beim „geschäftsmäßig assistierten Suizid“ spricht sich der BFA dafür aus, die Suizidprävention auszubauen, um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, und die Palliativmedizin zu stärken. Im zu beschließenden Gesetz sollten ausführliche Beratungsgespräche vorgeschrieben werden. Dem BFA ist es wichtig, den assistierten Suizid nicht zum Normalfall werden zu lassen.

Zum Thema „Christlicher Religionsunterricht“, geplant von den evangelischen Kirchen und den katholischen Bistümern in Niedersachsen, erhielt der BFA durch Frau Oberkirchenrätin Dr. Veit-Engelmann eine ausführliche Präsentation, verbunden mit einem staatskirchenrechtlichen Überblick über dieses Vorhaben und den derzeitigen Stand der Verhandlungen. Der BFA war Gast des Landeskirchenamts der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. Die Tagung fand im „Kollegsaal“ statt.



Bundesausschuss

Klima und Energie

Vorsitz: Till Mansmann (seit 01/2024), Carina Konrad (bis 12/2023)

Stellvertretende Vorsitzende: Henner Schmidt, Dagmar Saschek, Timo Gump und Caroline Covolo

Seit Januar 2024 leitet Till Mansmann den Bundesausschuss Klima und Energie. Er folgt auf Carina Konrad, die das Gremium seit Mai 2022 geführt hatte. Unterstützt wird Till Mansmann von einem engagierten Team aus stellvertretenden Vorsitzenden: Henner Schmidt, Dagmar Saschek, Timo Gump und Caroline Covolo. Gemeinsam mit acht thematisch spezialisierten Arbeitsgruppen treibt der Ausschuss seine programmatische Arbeit bezüglich der folgenden Themenbereiche voran: Infrastruktur, Internationaler Klimaschutz, Klimagesetze, Klimaresilienz, strategischer Rahmen für die langfristige Energieversorgung, Klima und Soziales, technische Negativemissionen und Wärme. In Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuss Wirtschaft und Mittelstand wird außerdem ein gemeinsamer Unterausschuss Energie fortgeführt.

Am 29. und 30. September 2023 hielt sich der Bundesausschuss Klima und Energie zu einem fachpolitischen Arbeitsbesuch in Brüssel auf. Ziel der Reise war es, zentrale Entwicklungen der europäischen Klima- und Energiepolitik zu erörtern und Impulse für die Programmarbeit zu gewinnen.

Im Mittelpunkt des ersten Tages standen Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union. Dr. Andreas Glück MdEP informierte über aktuelle Gesetzgebungsvorhaben auf europäischer Ebene. Fachvorträge befassten sich unter anderem mit der Rolle der deutschen Energiepolitik im europäischen Kontext, dem Umsetzungsstand der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie sowie den Fortschritten im Rahmen des Europäischen Green Deal.

Der zweite Tag diente der vertiefenden inhaltlichen Diskussion im Ausschuss. Diskutiert wurden unter anderem Fragen zur Ausgestaltung eines marktwirtschaftlich orientierten Ordnungsrahmens für die Transformation des Energiesystems sowie zu innovationsfördernden Ansätzen in der europäischen Klimapolitik.

Mit der Brüssel-Reise stärkte der Ausschuss seine europapolitischen Kontakte und erarbeitete zugleich inhaltliche Grundlagen für eine kohärente und zu-

kunftsgerichtete nationale Klima- und Energiepolitik.

Die erste Sitzung unter neuer Leitung fand am 2. Februar 2024 im Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin statt. Von Beginn an stellte der Ausschuss klar: Die Energiewende braucht marktwirtschaftliche Leitplanken und technologieoffene Lösungen. Im Zentrum der Beratungen stand die Kraftwerksstrategie, welche Versorgungssicherheit gewährleisten, Investitionen ermöglichen und zugleich Brückentechnologien wie wasserstofffähige Gaskraftwerke integrieren muss. Staatlich finanzierte Milliardenprogramme wurden kritisch beleuchtet – mit dem Ziel, effiziente Anreize zu schaffen, statt teure Subventionen zu verstetigen.

Beim Thema Netzausbau unterstrichen die Mitglieder den akuten Reformbedarf. Angesichts eines Investitionsbedarfs von über 800 Milliarden Euro bis 2030 sprach sich der Ausschuss für eine umfassende Neuausrichtung aus, bei der Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Bürgerentlastung konsequent zusammengedacht werden.

Auch klimapolitisch setzt der Ausschuss klare Schwerpunkte. Die Mitglieder bekräftigten ihre Ablehnung starrer Sektorziele und setzen stattdessen auf die Ausweitung des europäischen Zertifikatehandels. Technologieoffenheit, Planungssicherheit und der Aufbau einer Wasserstoffimportstrategie standen dabei im Vordergrund. Die Carbon Management Strategie wurde ebenso als zentrales Handlungsfeld benannt.

Fünf Anträge zu Stromnetzen, Energiesteuern, dynamischen Stromtarifen, Versorgungssicherheit und Klimaresilienz wurden im Ausschuss intensiv beraten und mit breiter Mehrheit beschlossen.

Im Oktober 2024 veranstaltete der Ausschuss gemeinsam mit dem Bundesarbeitskreis Klima, Umwelt & Infrastruktur der Jungen Liberalen ein Fachgespräch zur Energieinfrastruktur der Zukunft. Zu den Gästen zählten Barbie Haller, Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur, sowie Till Mansmann, MdB. Barbie Haller zeichnete ein eindrückliches Bild der Herausforderungen während der Energiekrise 2022 und betonte die Bedeutung robuster Netze, zuverlässiger Lastenverteilung und einer resilienten Cyberinfrastruktur. Till Mansmann gab einen umfassenden Überblick über den Stand des Wasserstoffkernnetzes und benannte konkrete Hürden bei der Umsetzung.

In einer offenen Diskussionsrunde wurden zentrale programmatische Weichenstellungen beraten – darunter die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine stärkere europäische Koordinierung im Netzausbau sowie ein pragmatischer Umgang mit technologischen Übergangsphasen.

In der dritten Sitzung des Jahres rückte die strategische Neupositionierung der FDP nach dem Ende der Ampelkoalition in den Fokus. Angesichts wachsender Erwartungen an wirtschaftliche Vernunft und technologische Innovationskraft entwickelte der Ausschuss klimapolitische Leitplanken für die kommenden Jahre. Themen wie der CO₂-Preis, die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswende sowie eine konsequente Innovationsstrategie standen dabei im Mittelpunkt. Ein Positionspapier zur Methanpyrolyse als zukunftsweisender Technologie zur CO₂-armen Wasserstoffproduktion genauso wie ein überarbeiteter Entwurf zur Förderung zwischenstaatlicher

Emissionsmärkte wurde als Beitrag zur internationalen Klimapolitik einstimmig verabschiedet. Darüber hinaus fanden weitere Anträge zu Fernwärme, transparenter Klimadokumentation und emissionsärmerem Luftverkehr breite Zustimmung. Teilweise finden sich die Beschlüsse zur Beratung auch auf dem kommenden Bundesparteitag.

Abseits der regelmäßigen Sitzungen beteiligte sich der BFA weiterhin intensiv an der Erstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl und erarbeitete hierfür Module, u. a. zu den Themen Fernwärme, Wasserstoff und Energiebesteuerung.

Für 2025 plant der Ausschuss eine Fachreise nach Brüssel. Ziel ist es, die europäische Energie- und Klimapolitik noch stärker in den Fokus zu rücken und neue Impulse für eine innovationsgetriebene, wirtschaftlich tragfähige Energiewende zu setzen.



Bundesfachausschuss

Kultur

Vorsitz: Anikó Glogowski-Merten (ab 12/2024), Dr. Christopher Vorwerk (bis 12/2024)

Stellvertretende Vorsitzende: Stephanie Bachhuber, Carl Grouwet, Christoph Lind, Bettina von Seyfried

Sitzung vom 2.-6. Juni 2023 in Braunschweig:

Im Jahr 2023 haben wir zwei Präsenzsitzungen abgehalten. Den Auftakt bildete ein Besuch in der Löwenstadt Braunschweig. Im Mittelpunkt standen die Themen „Restitution“ und „Frauen in der Kultur“. Die Fragen, denen wir nachgingen, waren die nach dem Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Kontexten in den städtischen Museen. Ausgangspunkt war die Tatsache, dass wir im Kulturbereich immer über die großen Themen sprechen und nach Lösungen suchen, aber auch schauen müssen, welche Aktivitäten diese Lösungen in anderen Bereichen auslösen. Der Direktor des Städtischen Museums Braunschweig erwies sich dafür als idealer Gesprächspartner, da er sich in seinem Haus selbst mit dem Thema Restitution auseinandersetzen muss und es auch sehr aktiv gestaltet. Anschließend besuchten wir das Braunschweigische Landesmuseum und die Ausstellung „Göttinnen des Jugendstils“. Gemeinsam mit der Direktorin des Landesmuseums, Frau Dr. Pöppelmann, und der Kulturtheoretikerin Türkân Deniz-Roggenbuck, wurden die Hürden für die künstlerische Tätigkeit von Frauen aufgezeigt. Die Beratung von Anträgen und Berichten rundete die Präsenzsitzung ab.

Sitzung am 20.-22. Oktober 2023 in Schwerin:

Im Oktober 2023 trafen wir uns in der Landeshauptstadt Schwerin. Im Mittelpunkt standen die Themen „Kultur im ländlichen Raum“, Filmförderung, ein Praxisbericht aus der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die Laienmusik. Durch Impulse der Intendantin der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, Frau Ursula Haselböck, bekamen wir ein Bild davon, was dieses Festival so besonders und relevant für die Kultur in Mecklenburg-Vorpommern macht. Prof. Olaf Jacobs, Geschäftsführer der Filmförderung Mecklenburg-Vorpommern, erläuterte uns die Herausforderungen für seinen Filmstandort und die Zusammenarbeit zwischen Land und Bund. Den Praxisbericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft lieferten Chuck Henjes, Sophia Frederike Hammer und Hannes Lipka (GründungswerP & Nova Campus) sowie Oliver Kramer (Wellenraschen). Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland und wird von der Politik leider immer noch zu wenig beachtet. Die Laienmusik gewinnt an Bedeutung.

Nach der Pandemie entscheiden sich erfreulicherweise wieder mehr Menschen, ein Instrument zu erlernen oder in einem Chor zu singen. Umso wichtiger war es für uns, mit Sandy Békési, Projektleiterin der Projektförderung Neustart des Bundesverbandes der Amateurmusik, BMCO, darüber zu sprechen. Auch diese BFA-Sitzung wurde wieder durch Berichte und Diskussionen abgerundet.

Sitzung vom 26.-27. Januar 2024 in Berlin:

Zum Auftakt des Jahres 2024 trafen wir uns in Berlin. Nach den Berichten aus den Landesverbänden erhielten die BFA-Mitglieder von Otto Fricke, dem damaligen haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, einen Einblick in die „Kultur in der Ampel“. Im weiteren Verlauf der Sitzung im Hans-Dietrich-Genscher-Haus erhielten wir weitere Impulse u.a. von Michelle Müntefering, der damaligen Vorsitzenden des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Sie erläuterte den Stellenwert der AKBP in der Ampelkoalition. Außerdem haben wir eine Antragswerkstatt durchgeführt und Anträge wie „Umgang mit kolonialer Raubkunst“ und „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht Kultur - Kultur braucht öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ diskutiert.

Sitzung vom 5.-7. Juli 2024 in Frankfurt am Main:

In unserer zweiten Präsenzsitzung 2024 beschäftigten wir uns mit einem Rückblick auf die documenta 15 und die Kontroversen um den Umgang mit Antisemitismus. Dazu hielt David Dilmaghani, Leiter des Ministerbüros im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, eine Keynote. Wir tagten im Jüdischen Museum und hatten das große Vergnügen, von Prof. Dr. Mirjam Wenzel, der Direktorin des Jüdischen Museums, durch das Haus geführt zu werden, gefolgt von einem Gespräch mit ihr und Prof. Dr. Meron Mendel, dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank. In der Antragswerkstatt diskutierten wir die Anträge „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht Kultur - Kultur braucht öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ sowie den Antrag „Umgang mit sogenannter europäischer Raubkunst, Archäologie und Exportverboten innerhalb Europas“. Der Sitzungstag endete mit einem Impuls von Katharine Heckendorf von der IG Bauernhaus, die uns berichtete, wie Denkmalpflege einen kulturellen Beitrag im ländlichen Raum leisten kann. Weitere Impulse erhielten wir von Dr. Kyra Dreher vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels zur Situation der Verlage und des Buchhandels. Abgerundet wurde die Plenarsitzung durch die

Berichte der Länder und des Bundes.

Sitzung vom 29. November bis 1. Dezember 2024 in Berlin: Wir trafen uns erneut in Berlin. Die Sitzung begann mit der Übergabe des BFA-Vorsitzes von Christopher Vorwerk an Anikó Glogowski-Merten. Voller Dankbarkeit nahm der eine Abschied und die andere die Aufgabe an. Während der Sitzung stand die inhaltliche Auseinandersetzung für das Bundestagswahlprogramm im Mittelpunkt der gemeinsamen

Diskussion. In Kleingruppen, die Kultur in ihrer Vielfalt und in all ihren Facetten diskutierten, konnten wir viele Beschlüsse fassen und Module für das Wahlprogramm entwickeln.

2025 werden wir uns am 26.04.2025 zunächst digital treffen, um die letzten Veranstaltungen zu besprechen und eine langfristige Planung der Präsenztermine vorzunehmen.



Bundesausschuss

Landwirtschaft und Ernährung

Vorsitz: Dr. Gero Hocker (ab 01/2024), Christian Teppe (bis 12/2023)

Stellvertretende Vorsitzende: Daniel Bohl, Jana Gräf, Claas Höfers, Prof. Dr. Otto Strecker

Während die Ampelkoalition bestand, war ein permanenter Austausch zwischen BfA und Bundestagsfraktion unerlässlich. Analog haben am Rande der Bundesparteitage Treffen stattgefunden, zusätzliche Austauschtermine zu aktuellen tagespolitischen Debatten wurden digital durchgeführt.

Ziel des BfA ist es während dieser Zeit gewesen, den programmatischen Rahmen für unternehmerisch geprägte, wettbewerbsfähig denkende und eigenverantwortlich handelnde Landwirtinnen und Landwirte und ihre Betriebe zu schaffen. Dieses Ansinnen beinhaltete zu einem erheblichen Anteil Abwehrkämpfe gegenüber parlamentarischen Initiativen der Koalitionspartner sowie die programmatische Vorbereitung eigener

Initiativen. Innerhalb des Berichtszeitraums hat sich der BfA insgesamt sieben Mal unter den Vorsitzenden Christian Teppe und mir getroffen.

Insbesondere hervorzuheben ist der Austausch mit der Rheinland-Pfälzischen Landwirtschaftsministerin Daniela Schmitt am 12. September und 18. Dezember 2023, die Debatte zu den Bauernprotesten aus Anlass der Abschaffung der Agrardiesel-Rückerstattungspraxis am 8. Januar 2024, sowie die Sitzungen zur organisatorischen Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms am 28. Januar und 27. April 2024. Eine weitere Sitzung des BfA hat am 27. März 2024 stattgefunden.

Von Herzen danke ich vor allem denjenigen Teilnehmern, die die Arbeit des BfA während dieser Zeit als ehrenamtliche Parteifreunde bereichert und in bewegten Zeiten für liberale Antworten und Perspektiven gestritten haben!



Bundesausschuss

Sport

Vorsitz: Detlef Parr

Stellvertretende Vorsitzende: Fabian Ettrich, Bernadette Mohme, Andreas Silbersack

Die Arbeit des Bundesausschusses Sport der Freien Demokraten hat sich im Zeitraum 2023 bis 2025 durch sportpolitische Diskussionen, intensive parlamentarische Begleitung und enge Vernetzung mit dem organisierten Sport weiterentwickelt. In insgesamt fünf Präsenzsitzungen – in Bremen, Starnberg, Berlin, Jena und Köln – wurden zentrale Themen liberaler Sportpolitik behandelt.

Die Bandbreite reichte von Leistungssportreform, Talentsichtung und Trainervergütung über Bewegungsförderung im Kindesalter bis hin zur Teilhabe im Sport für Menschen mit Beeinträchtigungen. Ebenso wurden Digitalisierung, Nachhaltigkeit, eSport und die Rolle des Sports in der gesellschaftlichen Integration behandelt. Auch der Austausch mit Akteuren aus Verbänden, Städten und dem organisierten Sport brachte wertvolle Impulse ein.

Im Bremer Weserstadion und im Rahmen des inklusiven Projekts „Spielraum“ des SV Werder Bremen wurde deutlich, wie soziale Verantwortung im Sport gelebt werden kann. Auf der Agenda in Starnberg standen ein Austausch mit dem Olympiastützpunkt in München sowie frühkindliche Bewegungsformate im Mittelpunkt. In Berlin wurde über strukturelle Veränderungen der Leistungssportförderung debattiert, eben-

so bei einem Termin im Deutschen Sport & Olympia Museum in Köln, wo auch die deutsche Olympiabewerbung Gegenstand der Beratungen war. Gast der Sitzung war das deutsche IOC-Mitglied Michael Mronz. In Jena standen der kommunale Sportstättenbau und das Zusammenspiel von Schulen, Vereinen und Städten im Fokus.

Besonders aktiv war der BFA bei der Mitgestaltung der sportpolitischen Kapitel im FDP-Programm zur Europawahl 2024 sowie in den Vorbereitungen für das Bundestagswahlprogramm 2025. Die Impulse des Ausschusses wurden dort inhaltlich sichtbar, unter anderem bei der Forderung nach mehr Sportaustausch, Integration durch Bewegung und eine Bewerbung um Olympische Spiele.

Ein herzlicher Dank gilt dem sportpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion bis zur Neuwahl des Bundestages 2025, Philipp Hartewig, für seinen unermüdlichen Einsatz und die enge Zusammenarbeit. Ebenso danken wir den sportpolitisch engagierten Bundestagsabgeordneten Christian Bartelt und Tim Walter für ihre Impulse im parlamentarischen Raum. Ein besonderer Dank gilt auch Andreas Silbersack, dem Vorsitzenden der FDP im Landtag von Sachsen-Anhalt und Vizepräsidenten der „Special Olympics Deutschland“, der als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Verbindung zum organisierten Sport lebendig gehalten hat.



Bild: Fabian Ettrich



Bundesfachausschuss

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Vorsitz: Judith Skudelny

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Peter Appelt und Gert Wöllmann

Gemäß § 22 (2) der Bundessatzung hat der Bundesvorstand 2022 die Bundesfachausschüsse eingesetzt, darunter den Bundesfachausschuss Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter dem Vorsitz Judith Skudelny. Im Mai 2023 wurde die Amtszeit der Bundesfachausschüsse unter gleichem Vorsitz verlängert bis Mai 2025. Während dieser Zeit hat der Bundesfachausschuss (BFA) durch gezielte digitale Sitzungen und den vertieften Austausch mit Experten aus dem Umweltbereich aktiv an der Weiterentwicklung der umweltpolitischen Agenda der FDP mitgewirkt.

2022 fand ein erster BFA in Brüssel statt. In diesem BFA wurden die Stellvertreter Klaus-Peter Appelt und Gert Wöllmann gewählt.

Am 08.11.2023 fand eine digitale Sitzung des BFA statt, bei der die vom Bundesparteitag an den BFA überwiesenen Anträge beraten wurden. Darüber hinaus wurden in der Sitzung die umweltrelevanten Passagen des Entwurfs des Europawahlprogramms 2024 der FDP besprochen und Änderungsvorschläge erarbeitet. Zudem legte der Bundesfachausschuss ein Arbeitsprogramm für seine Amtszeit fest, dessen Schwerpunkt auf dem Thema Klimaanpassung und dabei insbesondere dem Küstenschutz liegen sollte.

In drei digitalen Sitzungen am 22.02.2024, 21.03.2024 und 26.03.2024 hat der BFA mehrere Anträge zur Einbringung auf dem Bundesparteitag erarbeitet: Antrag A6010 „Fernwärme: transparent und fair im Interesse

der Verbraucher“, Antrag A6011 „Überregulierung verhindern – kein pauschales PFAS-Verbot!“ und Antrag A6012 „Freiheit statt Einschränkung: Novelle des Bundeswaldgesetzes muss Freiheit und Eigentumsrechte der Waldbesitzer achten“.

Am 02.07.2024 hat der BFA den Deutschen Bundestag besucht, um wertvolle Einblicke in die politische Praxis und den Entscheidungsprozess auf Bundesebene zu gewinnen. Im Rahmen des Besuchs nahmen die Teilnehmer an der Sitzung der AG Umwelt der FDP-Bundestagsfraktion sowie der Sitzung des Arbeitskreises VI Nachhaltigkeit durch Innovation der FDP-Bundestagsfraktion teil. Im Anschluss gab es bei einem gemeinsamen Mittagessen die Möglichkeit, den Austausch mit den Umweltpolitikern der Fraktion zu vertiefen.

In einer weiteren digitalen Sitzung am 17.10.2024 hat der BFA die umweltpolitischen Schwerpunkte für das FDP-Bundestagswahlprogramm 2025 erarbeitet. Dabei wurde eine Vielzahl von Themen diskutiert, die in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle in der Umweltpolitik spielen werden.

Am 24.01.2023 fand eine Online-Information zum Thema „Bewältigung großer Hochwasserereignisse“ mit dem externen Experten Prof. Dr. Robert Jüpner statt. Die Präsentation gab wertvolle Einblicke in die Herausforderungen und Lösungsansätze im Umgang mit extremen Wetterereignissen. Diese Sitzung war ein wichtiger Bestandteil der kontinuierlichen Auseinandersetzung des BFA Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Umgang mit drängenden Klimafragen.



Bundesausschuss

Verkehr

Vorsitz: Sven Haller

Stellvertretender Vorsitzender: Stefan Tritschler

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesausschusses Verkehr (BFA Verkehr) in den Jahren 2023 bis 2025 standen insbesondere die Vorbereitung des Europawahlprogramms 2024, die Ausarbeitung von Inhalten für das Bundestagswahlprogramm 2025, die strategische Einordnung neuer Technologien im Mobilitätssektor sowie die Bewertung der verkehrspolitischen Auswirkungen der Energiewende.

Ein zentraler Meilenstein war die Sitzung am 5. und 6. Mai 2023 in Berlin. Im Austausch mit dem verkehrspolitischen Sprecher der FDP im Europäischen Parlament, Jan-Christoph Oetjen MdEP, wurden aktuelle Themen der europäischen Verkehrspolitik diskutiert. Der Schwerpunkt der Sitzung lag auf der Ausarbeitung der verkehrspolitischen Leitlinien für das Europawahlprogramm 2024. Dabei entstanden konkrete Textvorschläge für das Kapitel „Mobilität und Verkehr“, die nach weiteren digitalen Beratungen dem Bundesvorstand übergeben wurden. Inhaltlich standen insbesondere folgende Module im Fokus: „Mobilität einfach machen – Chancen der Digitalisierung nutzen“, „E-Fuels für den Klimaschutz nutzen“, „Fairer Wettbewerb auf Europas Schienen“ sowie „Europa braucht leistungsstarke Verkehrswege“.

Am 27. und 28. Oktober 2023 tagte der Ausschuss in Magdeburg. Im Rahmen eines Besuchs beim Fraunhofer-Institut wurden digitale Geländemodelle und deren Anwendung in der Verkehrsplanung vorgestellt. Die inhaltlichen Diskussionen konzentrierten sich auf den digitalen Vertrieb im Schienenpersonenverkehr, die Finanzierung und Priorisierung von Investitionen in die deutschen Wasserstraßen sowie auf Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungsprozessen und zur effektiveren Nutzung vorhandener Ressourcen.

In der Sitzung am 14. und 15. Juni 2024 in Berlin fand ein intensiver Austausch mit dem Bundesverkehrs-

minister statt. Die behandelten Themen reichten von der Bahninfrastruktur über die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu Fragen der Planungsbeschleunigung und zu rechtlichen Rahmenbedingungen für autonomes Fahren. Weitere Diskussionen befassten sich mit der Stärkung des Wettbewerbs auf der Schiene, dem Einsatz regenerativer Kraftstoffe im Sinne der Technologieoffenheit, der Rolle Deutschlands als Technologiestandort, dem Ausbau von Hochleistungskorridoren sowie mit der Entwicklung einer nationalen Hafenstrategie.

Am 29. und 30. November 2024 traf sich der BFA erneut in Berlin, diesmal zum Austausch mit Fabian Griewel MdB, Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, sowie mit Vertretern des ZDK, Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe. Im Mittelpunkt standen verkehrspolitische Schwerpunkte für die Bundestagswahl. Der Ausschuss erarbeitete mehrere programmatische Module für das Bundestagswahlprogramm, darunter Vorschläge für eine leistungsfähige und nachhaltige finanzierte Straßen- und Schieneninfrastruktur, die vollständige rechtliche Trennung der DB InfraGo von der Deutsche Bahn AG, die Förderung alternativer Antriebe für Pkw, rechtliche Regelungen für autonomes Fahren, die nachhaltige Sicherung und den Ausbau des maritimen Sektors sowie die technologische Weiterentwicklung des Luftverkehrs – insbesondere im Hinblick auf die Einführung nachhaltiger Flugkraftstoffe (SAF). Die Ergebnisse der Sitzung mündeten in konkrete Textbausteine, die dem Bundesvorstand zur weiteren Beratung übergeben wurden.

Der Bundesausschuss Verkehr bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre engagierte Mitwirkung und die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren. Die geleistete Arbeit bildet eine fundierte Basis für die verkehrspolitische Positionierung der Freien Demokraten auf europäischer wie nationaler Ebene.





Bundesfachausschuss Mittelstand & Wirtschaft

Vorsitz: Dr. Andreas Reichel

Stellvertretende Vorsitzende: Prof. Dr. Peter Altmiks, Klaus Breil, Dr. Gerhard Hansen (bis 11/2023), Dr. Ulrike Rondorf (seit 03/2024)

Der Bundesfachausschuss Wirtschaft und Mittelstand wird von Dr. Andreas Reichel als Vorsitzenden geführt. Stellvertretende Vorsitzende sind Prof. Dr. Peter Altmiks, Klaus Breil und Dr. Gerhard Hansen, nach Rücktritt von Gerhard Hansen am 24. November 2023 in seiner Nachfolge Dr. Ulrike Rondorf seit dem 23. März 2024.

Der Bundesfachausschuss hat Unterausschüsse für Wirtschaft und Ethik, Tourismus, Technologietransfer und Innovation, sowie gemeinsam mit dem BFA Energie und Klima einen Unterausschuss Energie eingerichtet, darüber hinaus eine Projektgruppe für Mittelstandsthemen. Regelmäßig finden drei Sitzungen jährlich statt, meist bei Unternehmen und Verbänden, die in die aktuelle politische Diskussion eingebunden werden und dazu wertvollen Input liefern. Regelmäßig findet im BFA ein Austausch mit unseren MdBs, Reinhard Houben und Carl-Julius Cronenberg, als Repräsentanten unserer Themen in der Bundestagsfraktion statt. Die Sitzungen werden durchweg hybrid durchgeführt, in der Praxis mit Schwerpunkt in Präsenz.

Am 16. und 17. Juni 2023 tagte der BFA auf Einladung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in Augsburg und München. In Augsburg fand eine Führung durch die Produktion der Rocket Factory statt. In München fand nach Begrüßung und Statement durch Bertram Brossardt, HGF der vbw, eine Diskussion mit Michael Boll, Infineon Technologies AG, über Chancen und Perspektiven der europäischen Chip-Industrie statt. Zudem wurden wirtschaftspolitische Eckpunkte für das Europawahlprogramm beraten und ein Positionspapier der FDP-Fraktion zur China-Strategie kommentiert.

Am 24. und 25. November 2023 diskutierte der BFA in Berlin mit der CEO der Merantix Momentum GmbH, Nicole Büttner-Thiel, über Anwendungsfelder der künstlichen Intelligenz und behandelte außerdem Anträge aus den eigenen Reihen bzw. Landesfachausschüssen:

„Bürokratieabbau für die mittelständische Wirtschaft durch Einführung einer neuen KMU-Größenklasse“,
„Steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital be-

enden und liberale Impulse für einen starken Mittelstand“. Außerdem wurde der Antrag „Reform des Außenwirtschaftsrechts“ des BFA Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz wunschgemäß beraten, im Ergebnis aber inhaltlich abgelehnt.

Am 22. und 23. März 2024 tagte der BFA auf Einladung von Ernst & Young (EY) erneut in Berlin. Nach der Unternehmensvorstellung durch EY erfolgte dort die Nachwahl einer stellvertretenden Vorsitzenden (Ulrike Rondorf). Anträge zur „Sicherung der langfristigen Energieversorgung in Deutschland“ sowie „Chancen für den Tourismus eröffnen und Krisenresilienz fördern“ wurden zur Einbringung für den 75. Bundestag beschlossen, sowie ein Beschluss zu mittelstandspolitischen Ergänzungen zum FDP Präsidiumsbeschluss „5 Sofortmaßnahmen für eine Wirtschaftswende: Wachstum jetzt!“ an den Generalsekretär adressiert.

Am 27. und 28. September war der Bundesfachausschuss in Mainz, diskutierte mit dem Vorstand der dortigen Wirtschaftsbetriebe, besichtigte die thermische Verwertungsanlage und erhielt von Peter Schweitzer (biomindz Standortentwicklungsgesellschaft Mainz) einen Überblick über die Biotechnologie-Branche in Rheinland-Pfalz. Er befasste sich zudem mit einer überarbeiteten Version des Positionspapiers „Liberale Impulse für einen starken Mittelstand“ sowie dem Antrag „Staatsbeteiligungen vermeiden“. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt berichtete aus der Arbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung und stellte sich einer Diskussion zu bundes- und landespolitischen Wirtschaftsthemen.

Am 10. und 11. Januar 2025 war der BFA Gast der Aurubis AG und der Sicher Sicher GmbH in Hamburg, besichtigte das Hamburger Arubis Werk und diskutierte mit Jennifer Howe und Ulf Gehrken aus der Unternehmensleitung insbesondere Nachhaltigkeits-, Wettbewerbs- und Rohstoff-Fragen. Aus dem Unterausschuss Energie wurde ein Papier zur Wasserstoffwirtschaft aufgegriffen und das Programm zur Bundestagswahl behandelt.

Am 28. März 2025 beriet der BFA - überwiegend per digitaler Teilnahme – über Analyse und Konsequenzen der Wahlniederlage sowie Neuaufstellung der FDP. Hierzu stand zeitweilig Christian Dürr für eine Diskussion mit den BFA-Mitgliedern zur Verfügung.

Machen, was wichtig wird.

Jetzt die
Mitglieder-App
der Freien Demokraten
herunterladen.

mitgliederportal.fdp.de

Jetzt scannen und App laden!



Play Store (Android)



App Store (iOS)



Vorsitz: Dr. Christopher Gohl

Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission Freiheit und Ethik stand im Anschluss an die vorherige Arbeitsperiode die Weiterentwicklung einer liberalen Ethik als Verantwortungsethik der Freiheit, die individuelles Handeln, gesellschaftlichen Zusammenhalt und internationale Zusammenarbeit miteinander verbindet. Dafür erprobte die Kommission statt fester Arbeitsgruppen eine projektorientierte Arbeitsweise mit flexiblen Projektgruppen, die konkrete Problemlagen bearbeiten und daraus Missions-orientierte Impulse für die politische Arbeit der Freien Demokraten ableiten. Monatliche Zoom-Treffen sowie drei Präsenzsitzungen pro Jahr – ergänzt um ein je eintägiges Kolloquium im Sommer 2023 und 2024 – bildeten den organisatorischen Rahmen der Kommissionsarbeit.

Inhaltlich zog sich das Leitmotiv eines „Liberalismus der Lebenschancen“ durch alle Arbeitsschwerpunkte von 2023 bis 2025. Aufbauend auf den Karlsruher Freiheitsthesen und dem Leitbild „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ entwickelte die Kommission das Konzept der „alltäglichen Freiheiten“ weiter zu einem integrativen politischen Ansatz, der sowohl Freiheitsverluste und Frustrationen erkennbar macht als auch die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Dimensionen der Freiheit zusammenbringt. Ob Menschen im Alltag, im Lauf des Lebens und in künftigen Generationen Freiheit erfahren, wird zur Aufgabe von Schutz und Gestaltung der FDP. Die Ausarbeitung des Liberalismus der Lebenschancen war einerseits der Versuch, die Arbeit der Regierungskoalition kritisch zu begleiten, unter anderem in Auseinandersetzung mit Repräsentanten von Think Tanks der SPD und der Grünen. Zugleich war sie eine Vorbereitung für die absehbar kommende Grundsatzprogrammdebatte und sollte die Parteientwicklung der FDP unterstützen.

Zentrale thematische Schwerpunkte waren:

- **Ethik der Freiheit und Lebenschancen:** Grundlagen- und Strategiedebatten, insbesondere im Rahmen des Symposiums „Liberalismus der Lebenschancen“ im Juni 2023 im Tübinger Rathaus.
- **Demokratie, Identität und Integration:** Erarbeitung von Positionspapieren zum liberalen Umgang mit Identität, Migration, Nation und gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie zur liberaler Demokratiepolitik unter der Leitung von Frank Mario Stussig.
- **Krieg, Frieden und internationale Ordnung:** Vorbereitung und Durchführung des Symposiums „Neue Kriege – Neue Weltunordnung“ im Juni 2024 in München; Thesenpapiere zur liberalen Außen- und Sicherheitspolitik angesichts globaler systemischer Herausforderungen, wesentlich verantwortet von Bernhard Labudek, Manfred Eisenbach, Gerhard Dieterle und Jörg Diehl.
- **Digitalisierung und Ethik:** Entwicklung ethischer Leitlinien für die digitale Transformation des Staates, diskutiert auf der Herbstsitzung 2023 in Magdeburg.

Neben der eigenständigen Projektarbeit leistete die Kommission gezielte inhaltliche Zuarbeit zum Europawahlprogramm 2024 und zum Bundestagswahlprogramm 2025 der Freien Demokraten. Unterstützt durch interdisziplinäre Symposien und externe Expertise rang die Kommission darum, in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Unsicherheit, autoritärer Herausforderungen und ökologischer Umbrüche um liberale Antworten zu geben, die zugleich realistisch, ambitioniert und wertorientiert sind – und die den organisierten Liberalismus im Zeichen verantworteter Freiheit so kritikfähig wie regierungsfähig machen sollten.

Die Arbeitsgruppe (AG) „Moderne und vielfältige Partei“ wurde am 3. November 2023 eingesetzt und ist die Nachfolgerin der ehemals gemeinsam tagenden AGs „Chancen durch Vielfalt“ und „Parteientwicklung“. Diese haben wichtige Projekte zur Parteientwicklung angestoßen und vorangetrieben, die auch durch die neue AG weiterverfolgt wurden. Die AG „Moderne und vielfältige Partei“ hat es zur Aufgabe, die FDP zukunftsfest weiterzuentwickeln. Dazu hatte sie aufgrund des arbeitsintensiven Wahlkampfes nur begrenzte Möglichkeiten. Dennoch beriet die AG das HDGH insbesondere in Fragen der Weiterentwicklung der Parteiakademie äußerst hilfreich.

Die AG und ihre Mitglieder wurden durch das Präsidium eingesetzt. Die Mitglieder sind folgende:

- Bijan Djir-Sarai (Vorsitz bis 29. November 2024)
- Nicole Bauer
- Paavo Czwikla
- Imke Haake
- Dr. Christopher Gohl
- Dr. Lydia Hüskens
- Dr. Maren Jasper-Winter
- Marie-Luise Kretschmer
- Susanne Schneider
- David Wulff

Gäste sind folgende:

- Dr. Thomas Hahn
- Carl Philipp Burkert
- Michael Reichelt

Die AG tagt in der Regel ein Mal pro Quartal. Dies wurde im Bundestagswahlkampf 2024/2025 ausgesetzt. Folgende Termine fanden statt:

- 3. November 2023
- 16. Februar 2024
- 24. Mai 2024
- 6. September 2024

Programmkommission zur Europawahl

Vorsitz: Bijan Djir-Sarai

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat am 13. März 2023 die Programmkommission zur Europawahl 2024 eingesetzt, die unter Leitung des FDP-Generalsekretärs Bijan Djir-Sarai das Europawahlprogramm erarbeitet hat.

Die Programmkommission organisierte sich orientiert an den Leibbildzielen in folgenden sechs Arbeitsgruppen:

- **Aufstiegs-, Bildungs- und Chancenkontinent Europa:** Franziska Brandmann, Thomas Hacke
- **Stärkung der Gründungs- und Wertschöpfungspotentiale in der EU:** Nicola Beer, Svenja Hahn
- **Unser Europa der Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung:** Dr. Maren Jasper-Winter, Moritz Körner
- **Zeitenwende in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik:** Dr. Marcus Faber, Christiane Junker, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
- **Ein handlungsfähiges, stabiles und zukunftsfestes Europa:** Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Michael Link, Dr. Florian Toncar
- **Zusammen wachsen: digital, klimaneutral, modern:** Andreas Glück, Jan-Christoph Oetjen

Der Programmkommission war es wichtig, die Mitglieder und Fachgremien der Partei mit ihrem breiten Erfahrungsschatz von Beginn an in die Erarbeitung der Inhalte einzubeziehen. So konnten die Bundesausschüsse sowie die Kommission Freiheit und Ethik ihre prioritären europapolitischen Forderungen in Vorbereitung des digitalen Programmkonvents am 18. Juni 2023 übermitteln. Unter dem Motto „Europa. Einfach. Machen.“ diskutierten etwa 300 Parteimitglieder mit den Vertreterinnen und Vertretern der Programmkommission ihre Ideen für das Wahlprogramm.

Ende Juni 2023 traf sich die Programmkommission in Brüssel und tauschte sich auch mit Vertretern der ALDE aus. Im Verlauf des weiteren Programmprozesses haben die Arbeitsgruppen der Programmkommission aus den zahlreichen Anregungen und Ideen konkrete Forderungen formuliert.

Im Oktober 2023 startete eine breite öffentliche Beteiligung: So hatten Parteimitglieder und einschlägige Verbände bis Ende November die Möglichkeit, die Forderungen als Diskussionsgrundlage für den Programmwurf zu kommentieren bzw. zu ergänzen. Auch das Female Future Forum am 16. November 2023 stand im Zeichen der Europawahl. Darüber hinaus konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger über das digitale Umfragetool „FDP fragt“ einbringen. Hierüber konnten sie der Programmkommission mitteilen, was sie mit Blick auf die Europäische Union persönlich bewegt und welche Ideen sie für das Wahlprogramm haben.

Unter Einbezug der zahlreichen Ideen, Hinweise und Ergänzungen der Fachgremien, Mitglieder und Öffentlichkeit erstellte das Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Zusammenarbeit mit der Programmkommission gemäß dem Auftrag des Bundesvorstandes einen Entwurf für ein kompaktes Wahlprogramm. Ziel war es, die Kernpositionen herauszustellen und bereits als Programm selbst das Ziel einer einfachen, fokussierten und in den Kernaufgaben starken EU zu transportieren. Der Programmwurf wurde vom Bundesvorstand am 11. Dezember 2023 beraten und zur Einbringung für den Europaparteitag verabschiedet.

Am 28. Januar 2024 hat der Europaparteitag das Europawahlprogramm 2024 beschlossen sowie die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl gewählt. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann führte als Spitzenkandidatin die Liste an. Sie machte deutlich, dass die Freien Demokraten nicht nur aus Vernunft, sondern auch aus leidenschaftlicher Überzeugung für ein starkes Europa streiten.

Der Bundesvorstand befasste sich in den Sitzungen am 18. Februar sowie am 18. März 2024 mit den vielen weiteren programmatischen Ideen, die im Zuge des Programmprozesses erarbeitet wurden und verabschiedete diese als ergänzende Beschlüsse zum Wahlprogramm. Sie zeigen, dass die Freien Demokraten eine Programmpartei sind, die sich dem Liberalismus in seiner ganzen Breite verpflichtet fühlen.

Programmkommission zur Bundestagswahl

Vorsitz: Bijan Djir-Sarai und Dr. Marco Buschmann

Nach der Europawahl im Juni 2024 mit einem stabilen Ergebnis für die Freien Demokraten richtete sich der Blick bereits auf die Bundestagswahl 2025. Am 1. Juli 2024 setzte der Bundesvorstand dafür die Programmkommission unter dem Vorsitz des FDP-Generalsekretärs Bijan Djir-Sarai ein.

Entsprechend den Leitbildzielen bildete die Programmkommission für die Erarbeitung des Bundestagswahlprogrammes sechs Arbeitsgruppen mit folgender Zusammensetzung:

- **AG 1: Weltbeste Bildung für jeden**
- Gyde Jensen (AG-Koordination), Dr. Jens Brandenburg, Dr. Maren Jasper-Winter, Detlef Parr, Maximilian Reiter, Bettina Stark-Watzinger
- **AG 2: Vorankommen durch eigene Leistung**
- Dr. Lukas Köhler (AG-Koordination), Prof. Dr. Dr. Karl-Heinz Paqué, Daniela Schmitt, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Jens Teutrine, Johannes Vogel
- **AG 3: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**
- Konstantin Kuhle (AG-Koordination), Christine Aschenberg-Dugnus, Moritz Körner, Wolfgang Kubicki, Benjamin Strasser, Stephan Thomae
- **AG 4: Freiheit und Menschenrechte weltweit**
- Michael Link (AG-Koordination), Dr. Marcus Faber, Svenja Hahn, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
- **AG 5: Politik, die rechnen kann**
- Christoph Meyer (AG-Koordination), Katja Hessel, Dr. Florian Toncar
- **AG 6: Nachhaltigkeit durch Innovation**
- Carina Konrad (AG-Koordination), Maximilian Funke-Kaiser, Torsten Herbst, Dr. Lydia Hüskens, Daniela Kluckert, Oliver Luksic, Judith Skudelny

In den folgenden Monaten widmeten sich die Arbeitsgruppen der Ausarbeitung von programmatischen Ideen und formulierten zahlreiche Forderungen für das Wahlprogramm. Um mit starken liberalen Positionen in den Bundestagswahlkampf 2025 gehen zu können, war es der Programmkommission wichtig, die breite Expertise der Fachgremien und der Mitglieder der Partei sowie die Öffentlichkeit einzubeziehen.

Die Bundesfachausschüsse und die Kommission Freiheit und Ethik sowie die Vorfeldorganisationen wurden durch den Generalsekretär daher eingeladen, ihre Anregungen und Ideen einzubringen. Darüber hinaus startete im September 2024 eine Mitgliederumfrage. Diese konnten per Text- oder Sprachnachricht über die Mitglieder-App bzw. das Mitgliederportal mitteilen, was sie bewegt und was ihnen für

das Wahlprogramm wichtig ist. Zudem bestand die Möglichkeit, bis zu zehn Freunde und Bekannte zur Umfrage einzuladen.

Durch das Ende der Bundesregierung Anfang November 2024 und die folgenden Entwicklungen erfuhr der Programmprozess eine neue Dynamik. Entsprechend wurde die geplante Beteiligung der Verbände vorgezogen und diese wurden vom Generalsekretär eingeladen, ihre Impulse und Forderungen für die Zukunft des Landes zu übermitteln.

Zugleich kam dem programmatischen Wochenende am 16. und 17. November 2024 eine wichtige Bedeutung zu: Rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in Berlin zusammen, um auf drei hochkarätigen Veranstaltungen entscheidende Weichen für die Zukunft liberaler Politik und Werte zu stellen. Die Townhall mit Christian Lindner, das Female Future Forum und der Programmkonvent der FDP boten Raum für offene Diskussionen, visionäre Ideen und konkrete Lösungsansätze zu den Herausforderungen in Deutschland und weltweit.

Unter Einbezug der vielen wertvollen Ideen und Anregungen erstellte die Redaktionsgruppe aus dem Hans-Dietrich-Genscher-Haus gemeinsam mit der Programmkommission – seit Anfang Dezember 2024 unter Leitung von Dr. Marco Buschmann als FDP-Generalsekretär – einen Entwurf für das Bundestagswahlprogramm. Aufgrund des engen Zeitplans durch den vorgezogenen Wahltermin Ende Februar 2025 wurde das Bundestagswahlprogramm am 17. Dezember 2024 nach intensiver Beratung vom Bundesvorstand verabschiedet. Das ambitionierte und zukunfts-gewandte Wahlprogramm stand unter optimistischen Motto „Alles lässt sich ändern.“, mit dem die Freien Demokraten auch in die Kampagne gingen.

Am 13. Januar 2025 befasste sich der Bundesvorstand darüber hinaus mit vielen weiteren, detaillierteren programmatischen Ideen, die im Laufe des Programmprozesses erarbeitet wurden. Sie wurden als ergänzende Beschlüsse zum Wahlprogramm verabschiedet und zeigten einmal mehr, dass die Freien Demokraten sich dem Liberalismus in seiner ganzen Breite verpflichtet fühlen.

Schließlich verabschiedete der außerordentliche Bundesparteitag am 9. Februar 2025 in Potsdam den Wahlauftrag zur Bundestagswahl 2025. Dieser zeigte nochmals auf, wie die Freien Demokraten den dringend notwendigen Politikwechsel gestalten wollten.

Vorsitz: Franziska Brandmann

Stellvertretende Vorsitzende: Paavo Czwikla,
Maximilian Reiter, Jelger Tosch

Die Jahre 2023 bis 2025 waren für den Bundesverband der Jungen Liberalen e.V. (JuLis) eine Phase des Aufbruchs, der Professionalisierung und des kulturellen Wandels. Trotz gesellschaftlicher und (Partei-)politischer Herausforderungen konnte der Verband neue Akzente setzen, Formate weiterentwickeln und durch ein umfassendes Rebranding auch visuell ein neues Kapitel aufschlagen. Mit derzeit rund 13.000 Mitgliedern und vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten bleiben die JuLis ein starker Impulsgeber für junge, liberale Politik in Deutschland.

Ein zentrales Element der politischen Arbeit blieben die jährlichen Bundeskongresse mit bis zu 800 Teilnehmenden. Der 67. Kongress in Weimar (2023) unter dem Motto „Freiheit, schöner Götterfunken“ leitete das Europawahljahr ein und setzte mit dem Leittrag klare Zeichen für eine demokratische und marktwirtschaftlich geprägte EU. Die Kongresse sind nicht nur Beschlussorgane, sondern auch Ideenschmiede – ergänzt durch Bildungsseminare mit Fachreferenten und ein umfassendes Jugendprogramm für unter 16-Jährige.

Das Praxisseminar, das traditionell Anfang Januar in Stuttgart stattfindet, ist ein echtes Highlight im JuLi-Jahreskalender – und regelmäßig ausgebucht. Mit praxisnahen Workshops zu Themen wie Rhetorik, Finanzplanung oder Eventorganisation bietet es den perfekten Start ins politische Jahr. Das Female Future Forum hat sich als starkes Netzwerkformat für junge, liberal eingestellte Frauen etabliert. Es richtet sich an alle, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren wollen, und schafft Raum für Austausch, Empowerment und Inspiration durch starke weibliche Vorbilder. Dabei gibt es stets einen konkreten, thematischen Schwerpunkt. Im vergangenen Jahr beschäftigen sich die Teilnehmerinnen etwa intensiv mit Gründungen. Auf vielfachen Wunsch aus der Mitgliedschaft wurde das Summercamp ins Leben gerufen –

als bewusst lockerer Gegenentwurf zum klassischen Seminar. Hier treffen politische Bildung, Gemeinschaft und offene Diskussionen auf entspannte Camp-Atmosphäre und echte Teilhabe auf Augenhöhe.

An diesen und weiteren Formaten haben von 2023 bis 2025 hunderte junge Menschen aus ganz Deutschland teilgenommen. Alle Veranstaltungen werden regelmäßig vom Bundesvorstand evaluiert, um sie in Zukunft noch besser auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden abzustimmen.

Gleichzeitig unterstützt die Bundesgeschäftsstelle die vielen Untergliederungen der Jungen Liberalen bei der Konzeption, Organisation und Abrechnung von weiteren Bildungsveranstaltungen, die sich an junge, politisch interessierte Menschen richten. Gerade nach der Pandemie zeigte sich ein deutlicher Anstieg und ein Aufholbedarf bei solchen politischen Bildungsveranstaltungen. Jedes Jahr werden etwa 15-20 Veranstaltungen von Untergliederungen unterstützt und begleitet.

Im Jahr 2023 wurde ein umfassendes Corporate-Design-Update entwickelt und vorgestellt. Ziel war ein frisches, dynamisches Erscheinungsbild, das die Identifikation mit dem Verband stärkt und die liberale Grundhaltung der JuLis visuell unterstreicht. Das neue CI steht für Modernität, Offenheit und klare Kommunikation – und wird seither in allen Print- und Digitalformaten umgesetzt.

Ein weiterer Meilenstein war die Einführung eines neuen Mitgliederverwaltungssystems, das den gestiegenen Anforderungen eines wachsenden, modernen Verbands gerecht wird. In einem intensiven Abstimmungsprozess mit den Landesverbänden wurden aktuelle Bedürfnisse erfasst, Schnittstellen geschaffen und das System in mehreren Phasen ausgerollt. Die vollständige Einführung wurde 2025 abgeschlossen und sorgt seither für eine effizientere Verwaltung, bessere Datenqualität und automatisierte Kommunikationsprozesse.

Vorsitz: Angelika Hießerich-Peter

Stellvertretende Vorsitzende: Thomas Jännert, Ansgar Schwarzwald, Judith Behmer

Im Sommer 2023 trat nach mehreren Rücktritten im Bundesvorstand – unter anderem des ehemaligen Vorsitzenden Michael Dassler – frischer Wind in die Reihen des Liberalen Mittelstands. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2023 in Hannover wurde nicht nur ein neuer Vorstand gewählt, sondern es fand auch eine umfassende Professionalisierung statt. Bereits am Vorabend des Kongresses berichtete Christian Dürr, seinerzeit Vorsitzender der Bundestagsfraktion und Mitglied im Liberalen Mittelstand, bei einem stimmungsvollen Abendessen über die Arbeit der Fraktion.

Neuer Vorstand und hochkarätige Impulse

Der Auftakt am Samstag begann mit einem Gruß von Konstantin Kuhle, dem Landesvorsitzenden der Freien Demokraten in Niedersachsen – ebenfalls Mitglied im Liberalen Mittelstand – der die herzlichen Grüße der Niedersächsischen Liberalen überbrachte. Die Wahl des neuen Bundesvorstandes, der künftig unter der Führung von Angelika Hießerich-Peter steht, wurde durch einen beeindruckenden Vortrag von Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von Niedersachsen Metall, begleitet. Er erläuterte detailliert die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen und die daraus resultierenden Herausforderungen.

Die Hannoversche Erklärung: Klare Ziele für den Mittelstand

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Verabschiedung der Hannoverschen Erklärung, in der vier zentrale Forderungen formuliert wurden:

Von Sonntagsreden zu konkreter Politik:

1. Der Liberale Mittelstand kritisiert die Kluft zwischen der ideell hochgehaltenen Rhetorik und der tatsächlichen politischen Umsetzung, die den Bedürfnissen der KMU oft hinterherhinkt.
2. Soziale Marktwirtschaft neu erfinden: Es wird gefordert, das Modell der Sozialen Marktwirtschaft so zu gestalten, dass es sowohl unternehmerische Freiheit als auch soziale Sicherheit gleichermaßen fördert.
3. Unternehmerschaft als Lebensmodell etablieren: Zur nachhaltigen Förderung des Unternehmergeists soll das Unternehmertum stärker in der schulischen und außerschulischen Bildung verankert werden – damit Kinder und Jugendliche frühzeitig mit den Chancen der Selbstständigkeit vertraut werden.

4. Zukunft konkret gestalten: Die Erklärung ruft zu einer Politik auf, die Planungssicherheit bietet und den Unternehmergeist durch weniger Bevormundung sowie mehr Freiheiten aktiv unterstützt.

Präsenz und Austausch auf dem Bundesparteitag 2024

Auch beim Bundesparteitag 2024 war der Liberale Mittelstand stark vertreten – erstmals mit einem eigenen Rundgang, bei dem Bundesvorsitzende Angelika Hießerich-Peter und stellvertretender Vorsitzender Ansgar Schwarzwald in den direkten Dialog mit Vertretern des Verbands traten. An mehreren Stationen stellte die Bundesvorsitzende klar, wie sie die Position des Mittelstandes sieht und welche Impulse aus den Austauschgesprächen gewonnen wurden. Eine weitere Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bot Gelegenheit zu intensiven Diskussionen über den Abbau bürokratischer Hürden. Angelika Hießerich-Peter unterstrich dabei, dass bürokratische Prozesse einem ständigen Praxistest unterzogen werden müssten – Prozesse, deren Nutzen transparent nachweisbar sein muss, sollten angepasst oder abgeschafft werden, wenn sie dem Wirtschaftsklima nicht gerecht werden.

Ergänzende Positionen und Ausblick

Auf einer weiteren Bundesdelegiertenkonferenz in Essen wurde der Bundesvorstand ergänzt und die Essener Erklärung verabschiedet, in der die wesentlichen Ziele des Liberalen Mittelstands zusammengefasst wurden. Mit den Forderungen nach der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der Flexibilisierung von Steuervorschriften soll der bürokratische Aufwand nachhaltig reduziert und die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen gestärkt werden. RA Stefan Bahrenberg, Geschäftsführer des Bauindustrieverbandes NRW e.V., erläuterte in seinem aufschlussreichen Vortrag die aktuellen Herausforderungen und Chancen in der Bauindustrie. Auch innerhalb der Bundestagsfraktion der FDP fand ein reger Austausch statt: Zahlreiche Mitglieder des Bundestages (MdB) diskutierten gemeinsam mit Mitgliedern des Liberalen Mittelstands über aktuelle bürokratische Herausforderungen. Angelika Hießerich-Peter berichtete dabei von ihren praktischen Erfahrungen im Umgang mit überbordender Bürokratie. Die vielfältigen regionalen Aktivitäten – von der Verleihung des Exzellenzpreises in Hessen über Diskussionsrunden zu alternativen Brennstoffen in Niedersachsen bis hin zu engagierten Gesprächen in der Startup-Szene in NRW – unterstreichen die Bedeutung eines starken Mittelstandes als Rückgrat einer starken Wirtschaft.

Vorsitz: Anke Hillmann-Richter

Stellvertretende Vorsitzende: Kirsten von Hardenberg, Charline Kappes, Anja Molnar

Der Berichtszeitraum von 2023 bis 2025 war geprägt von personeller Neuaufstellung, programmatischer Arbeit und intensiver Vernetzung. Nach der Mitgliederversammlung am 29. Juni 2024 in Göttingen wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Anke Hillmann-Richter übernahm den Vorsitz, unterstützt von drei Stellvertreterinnen. Ebenfalls gewählt wurden die Schatzmeisterin und Schriftführerin. Den erweiterten Bundesvorstand verstärken Vertreterinnen aus zahlreichen Landesverbänden. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen bestehen derzeit keine aktiven Landesverbände.

Die Aktivitäten der Liberalen Frauen sollen dem Verband mehr Sichtbarkeit innerhalb der Partei auf Bundesebene verschaffen. Regelmäßige Teilnahmen am Bundesvorstand der FDP sowie Dialoge mit politischen Entscheidungsträgern unterstreichen den Anspruch, die programmatische Ausrichtung der FDP aktiv mitzugestalten. In Veranstaltungen wie dem Female Future Forum, der Festveranstaltung des Deutschen Frauenrates und dem Empowerment-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung traten die Liberalen Frauen als Stimme für Chancengleichheit und Frauenförderung auf.

Ein Schwerpunkt lag und liegt auf der Unterstützung von Kandidatinnen im Wahlkampf, insbesondere durch Sichtbarkeit in den sozialen Medien und über die Website. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit anderen Vorfeldorganisationen gestärkt.

Doch bleibt die Arbeit in den Landesverbänden ein zentraler Bestandteil der Arbeit. Durch die finanzielle Unterstützung des Bundesverbandes von bis zu 200 Euro pro Veranstaltung sowie mit einem erarbeiteten Feedback-Fragebogen wurde ein struktureller Rahmen geschaffen, um Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen den Landesverbänden zu stärken.

Im Ausblick auf das Jahr 2025 planen die Liberalen Frauen die Weiterentwicklung ihrer organisatorischen Strukturen. Die Prüfung digitaler Tools soll dabei der Professionalisierung der internen Arbeitsprozesse dienen. Im Fokus steht darüber hinaus eine strategische Ausrichtung bis 2029, die in der Mitgliederversammlung am 5. April 2025 diskutiert wurde. Im Fokus stand die Stärkung des Einflusses innerhalb der FDP sowie das Erreichen eines nachhaltigen Wachstums.

Ein bedeutender programmatischer Impuls wird mit zwei Anträgen beim Bundesparteitag im Mai 2025 gesetzt. § 218 StGB steht im Fokus des ersten Antrages und der zweite Antrag beinhaltet die Beauftragung des neuen Bundesvorstandes mit der Prüfung einer Doppelspitze. Ziel bleibt es, politisch mitzugestalten und gleichzeitig die Sichtbarkeit und Teilhabe von Frauen innerhalb der FDP weiter zu erhöhen.



Bild: Nicole Pfeifer

Vorsitz: Detlef Parr

Stellvertretende Vorsitzende: RA Elmar Conrads-Hasel, Dr. Wolfgang Allehoff

Der Berichtszeitraum 2023 bis 2025 war gekennzeichnet von besonderen Ereignissen, die zum einen für die Liberalen Senioren (LiS) wachsende Anerkennung in der FDP brachten, zum anderen aber die FDP in der Ampel-Koalition zunehmend unter Druck setzten und liberale Grundprinzipien bis zum Bruch der Koalition am 06.11.2024 aufs Äußerste belasteten.

Bis dahin traf sich der LiS-Bundesvorstand zu neun Sitzungen digital oder in der FDP-Landesgeschäftsstelle in Mainz und erledigte seine Tagesgeschäfte. Über Baden-Württemberg hinaus fanden weitere Liberale Senientage in NRW und in Hamburg statt, und wir schärften unser Fachwissen durch unsere Teilnahme an Veranstaltungen der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) und insbesondere am Deutschen Senientag in Mannheim. Dort warben wir auf einem Informationsstand für die liberale Sache und widmeten uns auf einer eigenen Veranstaltung dem Thema „Generationendialog und Einsamkeit“, die außerordentlich gut besucht war. Das gilt auch für unsere Bundesdelegiertenversammlungen. In Düsseldorf waren wir zu Gast in der Handwerkskammer und dokumentierten unsere Verbundenheit mit den kleinen und mittleren Betrieben. In Karlsruhe stand die Bedeutung unserer Demokratie im Vordergrund mit dem Besuch des Bundesverfassungsgerichts und unserem Gastredner Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL. Auf den Bundesparteitag waren wir gut vertreten und beteiligten uns aktiv an den Aussprachen und Antragsdebatten. In Verbindung mit dem Europaparteitag im Januar 2024 kam es erstmals auf Initiative der Liberalen Frauen Berlin zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit Marie-Agnes Strack Zimmermann. Am Europa-Wahlkampf beteiligten wir uns mit einem eigenen Flyer und freuten uns mit ihr über ein achtbares Ergebnis und den Wiedereinzug ins Europaparlament.

Für die LiS gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der FDP-Bundestagsfraktion sehr positiv. Ihrer Forderung nach einem verstärkten Generationendialog kam diese mit der Organisation gleich zweier Zukunftsdiskurse in Berlin nach, in denen moderiert von Jungen Liberalen und Liberalen Senioren die Facetten generationsübergreifender Politik intensiv unter die Lupe genommen wurden. Wir folgten der Einladung der Körber-Stiftung zum Demographie Symposium und zum Forum Demographie in Hamburg und konnten wichtige persönliche Kontakte knüpfen. Anfang September begann die Arbeit der FDP-Programmkommission, in die erstmals der LiS-Bundesvorsitzende berufen wurde. Wir gingen von einem normalen zeitlichen Ablauf der programmatischen Arbeit aus, der sich mit dem Ampel-Aus am 06.11.2024 drastisch änderte. Sieben Sitzungen teils digital, teils in Präsenz in Berlin mussten für die Erarbeitung eines Programm-entwurfs reichen, der am 17.12.2024 vom FDP-Bundesvorstand verabschiedet wurde.

Seit den Bundestagswahlen vom 23.02.2025 wollen wir LiS nun die außerparlamentarische Arbeit der FDP begleiten und unseren Beitrag dazu leisten, die verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen – auf der Grundlage unseres Leitbildes und des Leitbildes der FDP – mit dem uns eigenen Optimismus. Glück auf!



Vorsitz: Jan-Lukas Gescher

Stellvertretende Vorsitzende: Caroline Scherb,
Charles Lübcke, Karl Kühne

In den Jahren 2023 bis 2025 erlebten wir an deutschen Hochschulen eine Welle von antisemitischen Vorfällen, Tötlichkeiten, Besetzungen und Vandalismus. Auf allen Ebenen haben wir als Liberale Hochschulgruppen versucht, dem etwas entgegenzustellen: Mit Gegen-Demonstrationen auf dem Campus, öffentlichem Druck, Pressemitteilungen, Anträgen, Aufklärungsveranstaltungen und Seminaren haben die Liberalen Hochschulgruppen in Zusammenarbeit mit jüdischen Studentenverbänden deutlich aufgezeigt, dass es auch in den Hochschulen Widerspruch gibt. Neben dem Themenbereich Antisemitismus standen inhaltlich für uns in den letzten Jahren die erfolgreichen BAFÖG-Reformschritte, die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegen rot-grüne Verbotslust, die Attraktivität der deutschen Hochschullandschaft im internationalen Vergleich und unser LHG-Bundestagswahlprogramm im Fokus. Diese Themen und noch einige mehr, wie beispielsweise Barrierefreiheit oder studentisches Wohnen, haben wir mit unseren Aktionstagen nochmals auf die Agenda an unseren Standorten setzen können.

Zur Europawahl und Bundestagswahl konnten wir wieder Hörsaaltour-Termine durchführen, bei denen FDP-Spitzenpolitiker im gesamten Bundesgebiet den Studierenden Rede und Antwort standen. Im Durchschnitt konnten wir bei den knapp 20 Terminen 250 Personen in die Hörsäle bringen. Hierbei kam es immer mal wieder zu Störaktionen der politischen

Linken. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich nochmal unseren Dank aussprechen, dass diese Anzahl an Veranstaltungen möglich gemacht wurde. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei den zahlreichen FDP und JuLi Kreis- und Ortsverbänden, die uns zusätzlich unterstützt haben. So konnten unsere Hörsaaltouren zum Erfolg werden. Eine weitere ist bereits in Planung.

In der Fläche zeigt sich, dass die Effekte der Corona-Pandemie langsam abklingen. Vier Semester lang konnten unsere Ortsgruppen weder Mitglieder werben noch Hochschulpolitik betreiben. Ein Umstand, der in den letzten Jahren deutlich spürbar war. Mittlerweile konnten viele der eingeschlafenen Ortsgruppen reaktiviert und einige neue gegründet werden. Besonders erfreulich ist, dass sich die LHG in den letzten Jahren als deutlich robuster gegenüber externen Einflüssen entwickeln konnte als in der Vergangenheit. Im gesamten Bundesgebiet konnten die Ortsgruppen die Ergebnisse der Vorjahre im Schnitt mit minimalen Verlusten halten. Mit durchschnittlichen 11% im gesamten Bundesgebiet zeigen unsere Aktiven, dass eine liberale Stimme an den Hochschulen weiterhin erwünscht ist. Besonders stolz sind wir hierbei auf das Verhandlungsgeschick unserer Mitglieder, das in einer steigenden Anzahl von Beteiligungen in den AStAs und Senaten abgebildet wird. In der Spitze konnte die LHG Clausthal ein Rekordergebnis von 46% im Januar 2024 bei Hochschulparlamentswahlen und die LHG Frankfurt am Main 20% bei den Senatswahlen im Februar 2025 einfahren. Diese Entwicklungen lassen uns frohen Mutes in die Zukunft blicken.

Vorsitz: Kai Abrusatz

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Thoas Nietzsche, Martin Hoeck, Fritz Haugg

In Deutschland gibt es ca. 4000 liberale kommunale Mandatsträger, für die die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) mit ihren 15 Landesverbänden und dem Bundesverband Ansprechpartner ist. Die Landesverbände der VLK engagieren sich intensiv für die Fort- und Weiterbildung ihrer Mitglieder und sind Ansprechpartner für die politischen Akteure in den Ländern. Die Bundes-VLK gibt die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ in elektronischer Form heraus und informiert über Facebook und ihre Internetseite. Der Vorsitzende vertritt die kommunalpolitischen Interessen im Bundesvorstand der Partei. Der Vorstand beteiligt sich an den digitalen Sitzungen der AG-Kommunalpolitik.

Bundesvorstandssitzungen finden regelmäßig und überwiegend digital statt.

Auf den Bundesparteitagen der FDP ist die VLK-Bund mit einem Informationsstand und in Kooperation mit der Stiftung mit einem Themenbeitrag vertreten.

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde fortgesetzt. Die Stiftungsbroschüre „Erfolgsspuren Liberaler Kommunalpolitik“ enthält Beiträge der Vorstandsmitglieder Kai Abrusatz, Dr. Thomas Nietzsche und Martin Hoeck. Der Onlinekurs zur kommunalen Krisenvorsorge in Kooperation mit der VLK ist im Netz verfügbar. Länderspezifische Broschüren zur Einführung in die Arbeit der Kommunalpolitiker sind in Zusammenarbeit mit den VLK-Landesverbänden entstanden.

Die Delegiertenversammlungen der Bundes-VLK fanden 2023 in München und 2024 in Wiesbaden statt. Planungsziel für die Delegiertenversammlungen ist neben dem inhaltlichen Austausch unter den Delegierten und entsprechenden Einführungsvorträgen auch der Kontakt zu den FDP-Vertretern in den Ländern. So nahmen in München FDP-Abgeordnete des bayerischen Landtags und in Wiesbaden solche des hessischen Landtags teil. Die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen sind im Föderalismus in den Ländern sehr unterschiedlich. Zur Information hierüber werden die Delegiertenversammlungen ebenfalls genutzt. In Wiesbaden stellten Vertreter des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes und des nordrhein-westfälischen Landschaftsverbandes Westfalen ihre Aufgaben und Unterschiede dar.



Vorsitz: Michael Kauch

Stellvertretende Vorsitzende: Andre Lehmann, Sabine Bauckhage, Jörg Welling, Philip Korsten

Auch 15 Jahre nach seiner Gründung setzt sich der LiSL-Bundesverband für die Menschen- und Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen ein und unterstützt die FDP bei der Kommunikation mit Wählerinnen und Wählern in der LSBTIQ-Community.

LiSL gibt Impulse für die politische und parlamentarische Arbeit des organisierten Liberalismus. Mit aktiver Verbandsarbeit baut LiSL Brücken zur LSBTIQ-Community und ihren Organisationen. Der Blick endet nicht an Deutschlands Grenzen. In Europa ist LiSL deshalb im Dachverband „LGBTI Liberals of Europe“ aktiv.

Folgende Aktivitäten sind für 2023-2025 hervorzuheben:

- Die gemeinsame Kampagne von FDP und LiSL zu den Christopher Street Days (CSD) wurde in gewohntem Umfang fortgeführt, auch dank eines signifikanten finanziellen Beitrags von LiSL. An über 40 Standorten konnten pro Jahr etwa 110.000 Werbemittel verteilt werden und die Freien Demokraten mit Infoständen und Demonstrationsteilnahmen sichtbar gemacht werden. Auch wenn sich der JuLi-Bundesverband aus der Kampagne zurückgezogen hat, dankt LiSL den vielen engagierten Jungen Liberalen vor Ort für den starken Einsatz. Zunehmend finden CSDs auch im ländlichen Raum statt. Die CSD-Kampagne ist weiterhin die größte Kampagne der FDP außerhalb von Wahlkämpfen.
- Einen queerpolitischen Aufbruch konnte die FDP in drei Jahren in der Bundesregierung erreichen und hier ihr Wahlprogramm zu einem relevanten Teil umsetzen. Dazu gehören die verschärfte Strafbarkeit von Hassgewalt, die Aufhebung des Blutspendeverbots, das Selbstbestimmungsgesetz, ein nationaler Aktionsplan für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und eine

neue Erinnerungskultur an die Verfolgung von Schwulen, Lesben und Transpersonen im Nationalsozialismus. LiSL hat dies fachlich unterstützt und die Erfolge der FDP bei der Umsetzung ihrer liberalen Reformagenda aktiv in den Zielgruppen vermarktet – gezielt auch noch einmal vor der Bundestagswahl. LiSL dankt besonders Bundesminister a.D. Dr. Marco Buschmann und den zuständigen Sprechern Katrin Helling-Plahr und Jürgen Lenders für den erfolgreichen Einsatz.

- Deutlich gestärkt hat LiSL die europäische Arbeit. Während seiner Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments konnte der LiSL-Bundesvorsitzende Michael Kauch wichtige Akzente für das Engagement Europas für die Menschenrechte von LSBTIQ in der Welt setzen und die FDP hier in der Community profilieren. Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag 2025 wird auch queerpolitisch Europa an Bedeutung gewinnen. Wir danken Moritz Körner MdEP, dass er die Sprecherrolle im Europaparlament engagiert übernommen hat und öffentlich wahrnehmbar gestaltet.
- Zwischenzeitlich wurde Michael Kauch zum Präsidenten von LGBTI Liberals of Europe gewählt. Mit im Team ist Sabine Bauckhage, stellv. Bundesvorsitzende von LiSL. LGBTI Liberals of Europe arbeitet derzeit gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) an einer länderübergreifenden Veranstaltungsreihe zu Regenbogenfamilien in Europa und setzt sich u.a. für einen neuen LGBTI-Aktionsplan auf EU-Ebene ein.
- Das Wachstum von LiSL geht kontinuierlich weiter. Dies betrifft nicht nur die Mitgliederzahl, sondern auch die Organisationsstruktur. LiSL ist jetzt in allen Bundesländern vertreten und in vielen FDP-Landesverbänden, wie auch im Bund als Vorfeldorganisation verankert. Innerverbandlich hat sich LiSL 2024 einen Code of Conduct für ein wertschätzendes Miteinander gegeben.



Bundesvereinigung Liberale Vielfalt

Vorsitz: Fardad Hooghoughi

Stellvertretende Vorsitzende: Annahita Maghsoodi,
Yoann Foumany

Am 27. April 2024 wurde der Bundesverband Liberale Vielfalt als Vorfeldorganisation der FDP anerkannt.

Am Montag, den 5. August 2024, fand eine Veranstaltung mit rund 100 Teilnehmenden mit dem Titel: "German Dream – Wie wird Deutschland zum erfolgreichen Einwanderungsland" im Saal 2 des Hans-Dietrich-Genscher-Hauses (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin) statt. Christian Lindner lieferte als Hauptgast und FDP-Bundesvorsitzender den Impulsvortrag, anschließend diskutierten FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzender Christian Dürr, Isabel Schnitzler Martinez, Gökay Sofuoğlu, Eren Güvercin und Fardad Hooghoughi auf dem Podium unter der Moderation von Julian Barazi.

Am 10. und 11. August 2024 führte die Liberale Vielfalt in Frankfurt am Main ihre erste Bundesmitgliederver-

sammlung nach der Anerkennung als offizielle Vorfeldorganisation auf dem FDP-Bundesparteitag durch. Die ausschließlich in Präsenz abgehaltene Versammlung fand in der Frankfurter Jugendherberge statt und hatte neben mehreren beantragten Satzungsänderungen auch die Nachwahl eines Stellvertreters für Programmatik und drei Besitzern zum Gegenstand. Zum Stellvertreter für Programmatik wurde Patrick Leismann gewählt. Brechna Amin, Lara Sartoris und Lawand Salim vervollständigten als neue Beisitzer den Bundesvorstand.

Am 11. August 2024 fand zudem eine Klausurtagung des neu vervollständigten erweiterten Bundesvorstandes an ebenjenem Ort statt.

Am 08. Dezember 2024 fand die programmatische Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Vielfalt statt. Diese wurde digital abgehalten. Das Präsidium übernahmen der Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, Mark Hohensee und der Stellvertreter für Programmatik, Patrick Leismann gemeinsam.



Mitglieder nach Landesverband

Baden-Württemberg 8.827

Bayern 7.444

Berlin 3.735

Brandenburg 1.411

Bremen 425

Hamburg 1.961

Hessen 6.715

Mecklenburg-Vorpommern 730

Niedersachsen 6.480

Landesverband
Gruppe

Mitgliederzahl
zum 31.12.2024

Nordrhein-Westfalen 17.166

Rheinland-Pfalz 4.292

Saarland 946

Sachsen 1.838

Sachsen-Anhalt 1.087

Schleswig-Holstein 2.830

Thüringen 1.070

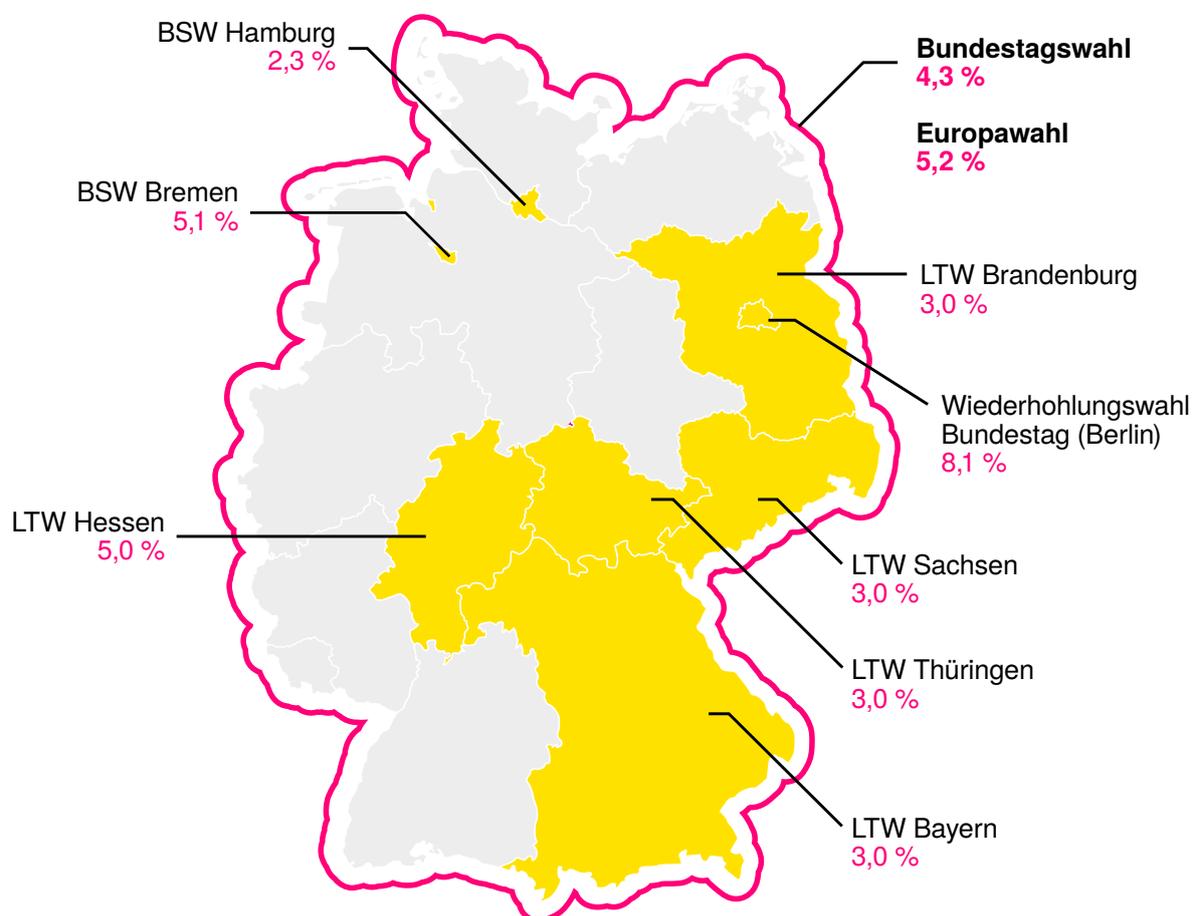
Bundesunmittelbar / Ausland 455

Die Mitgliederzahlen der vergangenen Jahre beliefen sich auf rund 65.500 Mitglieder in 2019, 66.000 Mitglieder in 2020, 77.000 Mitglieder in 2021 und 76.100

Mitglieder in 2022. In den vergangenen fünf Jahren konnte die FDP damit die Mitgliederzahl um 1.400 Personen steigern.

Wahlergebnisse von 2023 bis 2025

| Wahl | Datum | Ergebnis |
|---------------------------------------|------------|----------|
| Bürgerschaftswahl Bremen | 14.05.2023 | 5,1 % |
| Kommunalwahl Schleswig-Holstein | 14.05.2023 | 6,8 % |
| Landtagswahl Bayern | 10.08.2023 | 3,0 % |
| Landtagswahl Hessen | 10.08.2023 | 5,0 % |
| Wiederholungswahl Bundestag (Berlin) | 11.02.2024 | 8,1 % |
| Kommunalwahl Thüringen | 26.05.2024 | 2,6 % |
| Europawahl | 09.06.2024 | 5,2 % |
| Kommunalwahl Baden-Württemberg | 09.06.2024 | 3,6 % |
| Kommunalwahl Mecklenburg-Vorpommern | 09.06.2024 | 2,8 % |
| Kommunalwahl Rheinland-Pfalz | 09.06.2024 | 4,6 % |
| Kommunalwahl Saarland | 09.06.2024 | 3,9 % |
| Kommunalwahl Sachsen | 09.06.2024 | 2,8 % |
| Kommunalwahl Sachsen-Anhalt | 09.06.2024 | 3,4 % |
| Bezirksverordnetenversammlung Hamburg | 09.06.2024 | 6,4 % |
| Landtagswahl Thüringen | 01.09.2024 | 1,1 % |
| Landtagswahl Sachsen | 01.09.2024 | 0,9 % |
| Landtagswahl Brandenburg | 22.09.2024 | 0,8 % |
| Bundestagswahl | 23.02.2025 | 4,3 % |
| Bürgerschaftswahl Hamburg | 02.03.2025 | 2,3 % |



Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle zum 1. Mai 2025

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

Maria Wandel

STELLVERTRETERIN DER BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Iris Fröba (in Elternzeit)

ASSISTENZ

Christina Nitz
christina.nitz@fdp.de

BÜROLEITUNG

Silvia Franke
silvia.franke@fdp.de

SACHBEARBEITUNG

David Urban-Feyer
david.feyer@fdp.de

**BÜRO DES
BUNDESVORSITZENDEN**
Christian Lindner

**BÜRO DES
GENERALSEKRETÄRS**
Dr. Marco Buschmann

ASSISTENZ

BÜROLEITUNG

Matthias Obermeier
matthias.obermeier@fdp.de

BÜROLEITUNG

Henning Heinemann
henning.heinemann@fdp.de

REFERENT

Konstantin Holtkamp
konstantin.holtkamp@fdp.de

REFERENTIN

Franca Knies
franca.knies@fdp.de

MANAGERIN SOCIAL MEDIA

Laura Wenigenrath
laura.wenigenrath@fdp.de

RECHT

JUSTIZIARIAT

Bundesschiedsgericht
Bundessatzungsausschuss
Dr. Hahn Rechtsanwaltskanzlei
thomas.hahn@fdp.de

KOMMUNIKATION UND PRESSE

BEREICHSLEITUNG KOMMUNIKATION UND PRESSESPRECHER

Michael Lindner

ASSISTENZ

STELLV. PRESSESPRECHER

Maximilian Braunwarth
maximilian.braunwarth@fdp.de

René Richtscheid
rene.richtscheid@fdp.de

TEAMLEITERIN KAMPAGNE

Marie-Christine Götz
marie-christine.goetz@fdp.de

MANAGERIN MITGLIEDER- KOMMUNIKATION

Julia Black
julia.black@fdp.de

DIGITALE KOMMUNIKATION UND SOCIAL MEDIA

BEREICHSLEITUNG DIGITALE KOMMUNIKATION UND SOCIAL MEDIA CHEFREDAKTEUR

Stefan Krier

ASSISTENZ

Jeanette Stein
jeanette.stein@fdp.de

MANAGER DIGITALE KOMMUNIKATION UND SOCIAL MEDIA

Daniel Dombrovsky
daniel.dombrovsky@fdp.de

Moritz Harrer
moritz.harrer@fdp.de

Fabian Jahoda
fabian.jahoda@fdp.de

Constantin Mitschels
constantin.mitschels@fdp.de

Yannik Teicke
yannik.teicke@fdp.de

VIDEOGRAPH

Vincent-Kaya Möller
vincent.moeller@fdp.de

STUDENTISCHE MITGLIEDER- KOMMUNIKATION

Karolina Blücher

Fabienne Buck

Eliah Flick

Friedrich von der Luehe

Simon-Friedrich Seifried

**KOMMUNIKATION
UND MEDIA**

**LEITUNG DIGITALE
KOMMUNIKATION UND
MANAGEMENT SOCIAL MEDIA**

.....
@fdp.de

**DIGITALE
KOMMUNIKATION UND
MANAGEMENT SOCIAL MEDIA**
.....
@fdp.de

.....
@fdp.de
.....
@fdp.de
.....
@fdp.de
.....
@fdp.de

.....
@fdp.de

**LEITUNG MITARBEITERIN-
UND MITARBEITER**

.....
@fdp.de
.....
@fdp.de

**PROGRAMM UND
ANALYSE**

KOMMISSARISCHE LEITUNG
Monika Mayer

**SENIOR REFERENTIN
PROGRAMM UND ANALYSE**
Monika Mayer
monika.mayer@fdp.de

**REFERENTIN PROGRAMM
UND ANALYSE |
EUROPAPOLITIK**
Dr. Marlene Heihsel
(in Elternzeit)

**REFERENT PROGRAMM
UND ANALYSE |
INTERNATIONAL OFFICER**
Johannes Mellein
johannes.mellein@fdp.de

**REFERENT PROGRAMM
UND ANALYSE**
Brendon Karic
brendon.karic@fdp.de

**REFERENT PARTEI-
ENTWICKLUNG**
Niklas Krieg
niklas.krieg@fdp.de

GREMIENBETREUUNG
Jenny Gernetzke
jenny.gernetzke@fdp.de
.....
Denise Höfling
denise.hoefling@fdp.de

**WAHLKAMPFORGANISATION
UND VERANSTALTUNGEN**

BEREICHSLEITUNG
Torsten Grau

EVENTMANAGERIN
Dana Rauf
dana.rauf@fdp.de

MANAGER WAHLKAMPF
Michael Iden
michael.iden@fdp.de

**SACHBEARBEITUNG
WAHLKAMPF**
Daniel Djaziri
daniel.djaziri@fdp.de

**ZENTRALES UND
DIGITALISIERUNG**

BEREICHSLEITUNG
Iris Fröba (in Elternzeit)

**ASSISTENZ UND
MITGLIEDERVERWALTUNG**
Bettina Gaudig
bettina.gaudig@fdp.de

**PERSONAL UND
FINANZEN**
Ute Souayah
ute.souayah@fdp.de

**RECHNUNGS- UND
VERTRAGSWESEN**
Katharina Riemann
katharina.riemann@fdp.de

PROJEKTASSISTENZ
Moritz Johannsen
moritz.johannsen@fdp.de

TECHNIK
Franz Jobst
franz.jobst@fdp.de
.....
Erol Ugrac
erol.ugrac@fdp.de
.....
Olaf Wendt
olaf.wendt@fdp.de

